

Crim.

231

kci

Schmutz, J. Entwicklung d.
Eigen-Loth. Gefährdungen

Crim.

231 kei

Schutz

Die Entwicklung
des
Elsass - Lothringischen Gefängnisswesens
seit der Annektion.

INAUGURAL-DISSERTATION
der
juristischen Facultät
der
Friedrich-Alexanders-Universität zu Erlangen
vorgelegt von
FRIEDRICH SCHMUTZ
Referendar
aus Strassburg i. Elsass.

Approbirt am 23. Dezember 1898.

STRASSBURG i. E.
Buchdruckerei C. & J. Gœller, Magdalenengasse 20.
1899.



Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit gewidmet.

Uebersicht.

	§ 1. Einleitung.
Erster Abschnitt:	Organisation des Gefängnisswesens.
	§ 2. Zentralisation des Gefängnisswesens.
	§ 3. Beamtenorganisation.
Zweiter Abschnitt:	Die Gefängnissanstalten.
	§ 4. Die Entwicklung im Allgemeinen.
	§ 5. Die Anstalten für Jugendliche.
	§ 6. Spezialisirung der Anstalten.
Dritter Abschnitt:	Die Behandlung der Gefangenen.
	§ 7. Allgemeine Gesichtspunkte.
	§ 8. Sanitäre Einrichtungen.
	§ 9. Verpflegung und Bekleidung.
	§ 10. Seelsorge und Unterricht.
	§ 11. Disziplinarstrafen.
	§ 12. Die Arbeit in den Gefängnissen.
	§ 13. Die Entlassung.
	§ 14. Schluss.

Gebrauchte Abkürzungen:

E. Z. =	Einzelbericht der elsass-lothringischen Gefängnissverwaltung.
G. O. =	Gefängnissordnung vom 1. April 1887.
H. O. =	Hausordnung vom " " " "
D. O. f. G. A. =	Dienstordnung für Gefängnissaufseher vom 5. März 1883.
H. J. H. =	v. Holtzendorff's Jahrbücher des Gefängnisswesens.
Krohne —	Lehrbuch der Gefängnisskunde 1889.

1845

Received of the
Hon. Secy of the Navy
the sum of \$1000
for the purchase of
the ship "Albatross"
on the 1st day of
January 1845
at New York
this 1st day of
January 1845
J. B. Thompson
Agent

Received of the
Hon. Secy of the Navy
the sum of \$1000
for the purchase of
the ship "Albatross"
on the 1st day of
January 1845
at New York
this 1st day of
January 1845
J. B. Thompson
Agent

Einleitung.

§ 1.

Im Jahre 1880 erschien Dr. Mittelstädt's Broschüre: „Gegen die Freiheitsstrafe.“ Die Schrift erregte damals nicht geringes Aufsehen und rief einen heftigen Streit für und wider hervor. Der Streit verstummte jedoch bald, als die Gegner der Freiheitsstrafe sich ausser Stande zeigten, einen geeigneten Ersatz vorzuschlagen. Statt dessen verlangten die Anhänger der Freiheitsstrafe, wie auch schon früher, immer dringender eine gründliche Reform des gesamten Strafvollzugs. Sie forderten von einem wohlgeordneten Gefängnisswesen insbesondere, dass dasselbe den von der neueren Gefängnisswissenschaft auf Grund praktischer Erfahrungen aufgestellten Anforderungen an einen rationellen Strafvollzug entspreche. In dieser Beziehung sind es vor allem zwei Probleme, ein ethisches und ein wirtschaftliches, mit deren Lösung sich Theorie und Praxis beschäftigten und noch beschäftigen. Die Lösung dieser beiden Probleme ist insofern mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, als die grösstmögliche Verwirklichung des einen nur auf Kosten des andern geschehen kann. Das ethische Problem baut sich auf

dem Grundsatz auf, den Gefangenen während seiner Strafzeit so zu formen und zu bilden, dass er nach verbüsster Strafe in erfolgreicher Weise in die bürgerliche Gesellschaft zurücktreten kann. Damit concurrirt das wirtschaftliche Problem, wie man den im Gefängniswesen so wichtigen Faktor „Arbeit“ verwenden und gestalten soll, damit einerseits die Kosten der Gefängnisverwaltung möglichst durch eigenen Betrieb aufgebracht werden, ohne dass dadurch andererseits der freien Arbeit eine gefährliche Concurrenz erwächst.

Eine Lösung dieser beiden Probleme oder wenigstens der Versuch, dieselben möglichst in Einklang zu bringen, neben der Berücksichtigung der sonstigen für einen rationellen Strafvollzug in Betracht kommenden Gesichtspunkte, war auch der Deutschen Verwaltung vorbehalten, als dieselbe nach der Annektion Elsass-Lothringens zu einer gründlichen Reform des dortigen, gänzlich zerfahrenen Gefängniswesens schreiten musste. Insofern dürfte es auch von mehr als partikulärem Interesse sein, die Entwicklung des elsass-lothringischen Gefängniswesens unter deutscher Verwaltung zu verfolgen.

Erster Abschnitt.

Die Organisation des Gefängnisswesens.¹⁾

§ 2.

Die Zentralisation des Gefängnisswesens.

Napoleon III hatte sich eine unangenehme Aufgabe vom Halse geschafft und den Strafvollzug den grösseren Gemeinden selbst überlassen, die dann auf ihre Kosten die sog. „maisons de police municipales“ unterhielten. Ebensowenig kümmerte sich der Staat um die Unterbringung jugendlicher Gefangener. Die Colonie Ostwald für katholische und die Anstalt Neuhof für protestantische Knaben standen im Privateigentum der Stadt Strassburg. Die Mädchen überliess man den Anstalten zu Rappoltsweiler, Strassburg und Metz, die von religiösen Orden unterhalten wurden. Zu den communalen Anstalten gehörten auch die sog. Armenhäuser, Dépôts de mendicité in Hördt und Gorze, die zur Unterdrückung der Bettelei bestimmt waren. Die staatliche Thätigkeit erstreckte sich nur auf zwei Gruppen von Anstalten, die eigentlichen Strafanstalten (maisons centrales) in Ensisheim und Hagenau, und die sog. „maisons d'arrêts,

¹⁾ Vergleiche hierzu die Berichte der els.-loth. Gefängnisverwaltung aus den Jahren 1882/83, 1886/87, 1888/89 und 1894/95.

de correction et de justice,“ die meist an den Sitzen der damals vorhandenen Landgerichte bestanden. Im übrigen unterstand das Gefängnisswesen Elsass-Lothringens dem Minister des Innern, und die Präfekten hatten die direkte Oberaufsicht über die in ihren Departements befindlichen Anstalten.

Eine Aenderung dieser Verhältnisse und dafür möglichste Centralisation des gesamten Gefängnisswesens, streng geregelte Organisation, nach innen wie nach aussen, gehörten zu den ersten Aufgaben der deutschen Gefängnisverwaltung.

In der äusseren Organisation lassen sich drei Stadien nachweisen, beginnend mit der allmählichen Ablösung der Gefängnisverwaltung vom Geschäftsbereich der Abteilung des Innern bis zur schliesslichen Ueberweisung des gesamten Gefängnisswesens an die Justizabteilung.

I. Zunächst wurde die Aufsicht über die Strafanstalten und die Bezirksgefängnisse den Bezirkspräsidenten, in deren Bezirk diese Anstalten gelegen waren, und die Aufsicht über die Kantonalgefängnisse den Kreisdirectoren übertragen. Die Oberleitung hatte der Oberpräsident, an dessen Stelle vom 1. October 1879 ab die Ministerialabteilung des Innern trat. Mit dem 1. Juli 1882 wurde die Gefängnisverwaltung wieder der letzteren entzogen und der Abteilung für Justiz überwiesen. Die damit eintretende Ressortveränderung brachte es auch mit sich, dass die Aufsicht über die Amtsgefängnisse nunmehr durch Verordnung vom 5. März 1883 an die Amtsrichter überging.

II. Durch das Gesetz vom 19. April 1886 wurde die Mitwirkung des Bezirkspräsidenten bei der Verwaltung und Beaufsichtigung der Strafan-

stalten, sowie der Untersuchungs- und Bezirksgefängnisse beseitigt und die betreffenden Obliegenheiten dem Justizministerium übertragen. Unter Aufsicht dieses Ministeriums wurde dann im April 1888 das Gefängniswesen einem besonderen „Vorstand der Gefängnisverwaltung“ unterstellt. Dadurch konnte einerseits der Abteilungschef von der Erledigung einer Reihe unerheblicher Dienstgeschäfte entlastet werden, andererseits wurde zwischen der Centralstelle und der Leitung der einzelnen Anstalten ein Organ geschaffen, welches eine rasche, thatkräftige Handhabung der laufenden Verwaltung ermöglicht ¹⁾.

III. Der letzte Schritt zur Centralisation geschah durch den Uebergang der oberen Leitung der Erziehungs- und Besserungsanstalten, sowie des Arbeitshauses in Pfalzburg, am 15. Juni 1889 auf die Justizabteilung.

Als wesentlicher Vorteil der ganzen Centralisation ergibt sich allein schon die freiere Verfügung über das Beamtenpersonal, das jetzt für sämtliche zum Bereich der Justizabteilung gehörige Anstalten einen einzigen Körper bildet. Auch der für die Weiterentwicklung des Gefängniswesens so verderbliche Dualismus in der Gefängnisverwaltung, ob der Strafvollzug Akt der Polizei oder des Richters, ob er der Justiz oder der Verwaltung unterstehen solle, war damit glücklich beseitigt.

¹⁾ Dadurch, dass im Ressort des Justizministers eine eigene Verwaltung geschaen wurde, unabhängig von der richterlichen Gewalt, stellt sich der Vollzug der Freiheitsstrafe nicht dar als Rechtsakt im engeren Sinne, er ist vielmehr ein Verwaltungsakt im Justizressort geworden.

Neben dieser äusseren Organisation ging man auch energisch an eine Besserung der inneren Verhältnisse.

Das gesammte höhere Personal der Gefängnissanstalten war 1870 aus seiner Stellung gewichen, für die Gefängnisverwaltung selbst war der organische Zusammenhang mit der bisherigen Staatseinrichtung gelöst. Es war deshalb erforderlich, sowohl neue Männer zur Leitung der einzelnen Anstalten zu berufen, als auch die Verwaltung den neuen Verhältnissen anzupassen. Letzteres geschah einerseits durch die Einführung der für die preussische Strafanstalt zu Rawicz und das preussische Gefängniss zu Eberbach geltenden Reglements und Hausordnung, andererseits durch die gemeinsame Verfügung des Oberpräsidenten und des Generalprokurators vom 28. Juli 1872. Dieselbe regelte die Art und Weise der Strafvollstreckung als notwendige Folge der Einführung des am 1. Oktober 1871 in Kraft getretenen deutschen Strafgesetzbuches.

Noch fehlte es an eingehenderen Vorschriften über die Handhabung der Strafvollstreckung in den kleineren Gefängnissen. Dieses wurde nachgeholt mit dem bereits erwähnten Uebergang der Amtsgefängnisse aus den Händen der Kreisdirectoren in die der Amtsrichter am 5. März 1883. Unter dem gleichen Datum wurde nämlich die Leitung der Amtsgefängnisse durch die Amtsrichter und der Dienst der Amtsgefängnissaufseher geregelt durch „die Dienstanweisung für die Amtsrichter als Vorsteher der Amtsgefängnisse“ und durch „die Dienstordnung für die Gefängnissaufseher.“

Je nach den einzelnen Bezirken und je nach den Persönlichkeiten der aus verschiedenen deutschen Ländern herstammenden Vorsteher war jedoch die Anwendung der bereits angeführten Reglements von Rawicz und Eberbach keine gleichmässige geblieben. Einzelne Be-

stimmungen erwiesen sich auf die elsass-lothringischen Verhältnisse überhaupt nicht anwendbar, wie dies schon Verschiedenheiten in der Gesetzgebung bedingten, ferner wichen die angewandten Formulare vielfach von einander ab und erschwerten dadurch ungemein die unentbehrliche Controlle. Desshalb erschien es an der Zeit, eine sämtlichen Gefangenenanstalten des Landes mit Ausnahme der ihres geringen Umfanges halber weniger bedeutsamen Amtsgefängnisse gemeinsame Gefängnis-Ordnung aufzustellen. Dieselbe trat mit dem 1. April 1887 ins Leben. Im ersten Teil (§ 1—95) enthält sie „die Beamtenordnung,“ im zweiten Teil (§ 196—279) die Vorschriften über „die Behandlung der Gefangenen“, den Schluss macht eine Hausordnung in 16 Paragraphen ¹⁾).

Damit war ein wesentlicher Mangel beseitigt, das Fehlen einer gleichmässigen Ordnung der für den inneren Gang der Verwaltung in den einzelnen Gefängnissen massgebenden Vorschriften.

§ 3.

Die Beamtenorganisation.

(Vergl.: G. O., §§ 1, 3, 4; 12—14; 137).

I. Die besten Systeme, die vollkommensten Reglements würden wenig ausrichten, wenn nicht eine für ihren Dienst gut geschulte, tüchtige Beamtenschaft vorhanden wäre. Da die französischen Beamten meist ohne

¹⁾ Im Jahre 1896 kamen einige Aenderungen und Zusätze zur Gefängnisordnung, betreffend den Strafvollzug für Flüchtlinge und Rückfällige.

weiteres aus ihrem Dienst gewichen waren, so war die von der deutschen Verwaltung in diesem Sinne geplante Reorganisation um so leichter zu bewerkstelligen. Zunächst musste eine strenge und aufmerksame Auswahl der neuen Beamten, und zwar vor allem der unteren Beamten, stattfinden. Man forderte vor allem, dass die betreffenden Aspiranten einerseits an Ordnung, Disziplin und strikten Gehorsam gewöhnt waren, andererseits ihre Fähigkeit, mit einer grossen Anzahl von Menschen fertig zu werden, bereits dargethan hatten. Es ist einleuchtend, dass man diesen Erfordernissen entsprechend das gesamte Gefängnisspersonal zum überwiegenden Teil aus der Armee rekrutirte und noch jetzt rekrutirt ¹⁾. Dabei verlangte aber die deutsche Verwaltung mit Recht, dass diese Beamten bei aller Entschiedenheit und Festigkeit in Beobachtung und Handhabung ihrer Instruktion einen gewissen Takt in der Behandlung ihrer Gefangenen zeigten. Man darf z. B. nicht vergessen, dass die Gefangenen nicht stets den untersten Volksschichten angehören, sondern oft in der Bildung die Aufseher weit überragen. Selbstverständlich werden sie sich, wie alle anderen Gefangenen der Hausordnung unterwerfen müssen, aber sie werden jedenfalls durch eine harte, an sich nicht gebotene Behandlung schwerer getroffen als andere Gefangene. Dieser Takt in der Behandlung, an und für sich geeignet, die Disziplin sicher und leicht zu handhaben, ist aber nicht so leicht erlernt, wenn er nicht angeboren ist. Und dass derselbe durch militärische Dienstleistungen nicht allein gewährleistet wird, dessen war sich auch die deutsche Verwaltung wohl bewusst.

¹⁾ Jetzt auch gesetzlich geregelt (cf. Militärpensionsgesetz v. 27. Juli 1871 und Novelle vom 4. April 1874).

Neben dem hier von der deutschen Verwaltung eingeschlagenen System der Besetzung der Beamtenstellen mit Militärs, giebt es noch zwei weitere Systeme. Entweder nimmt man die Aufseher aus den Kreisen der Handwerker oder man wählt sie aus den Mitgliedern religiöser Körperschaften und Orden. Bei ersteren besteht aber zu leicht die Gefahr, dass man Elemente in den Gefängnisdienst bekommt, die es aus eigener Kraft zu einer selbständigen Stellung im Leben nicht haben bringen können, oder, wenn sie dieselbe besessen, bankrott geworden sind und nun im Gefängnisdienst eine bequeme Versorgung suchen. Nun ist es aber häufig, insbesondere beim Arbeitsbetrieb für eigene Rechnung, kaum zu umgehen, Handwerker für den Aufsiehensdienst anzustellen. Dann muss man eben darauf achten, dass man nur tüchtige, ihres Faches vollauf kundige Handwerker zulässt, die sich in der Welt umgesehen, Lebenserfahrung gesammelt, und vielleicht als Altgesellen oder junge Meister bereits Lehrlinge unterwiesen haben.

Gegen die Zulassung der Mitglieder religiöser Orden spricht vor allem ihre Abhängigkeit von ihren geistlichen Oberen; es ist zu leicht möglich, dass deren Wille und Einfluss sich auch auf den Gefängnisdienst geltend macht und dass dadurch dann Reibungen mit der Gefängnisverwaltung entstehen.

Meines Erachtens wäre eine Mischung des militärischen Elements mit dem der Handwerker am besten. An und für sich ist ja nicht zu leugnen, dass der Handwerker durch sein Können ein nicht zu unterschätzendes persönliches Uebergewicht erhält. Man könnte dann aber noch, der grösseren Disciplin wegen, auch von diesen Aspiranten verlangen, dass sie mindestens ihrer Militärpflicht Genüge geleistet haben, damit sie so

wenigstens die für den Gefängnisdienst erforderliche militärische Schulung mitbringen.

II. Die deutsche Verwaltung stand ferner auf dem Grundsatz, dass es mehr wie anderswo erforderlich sei, dass das gesamte Beamtencollegium in voller Einheit mit dem Vorstand sich befindet, und der Geist des Vorstandes alle Beamten durchdringt. In dieser Erkenntniss schuf die Verwaltung das Institut einer regelmässigen Versammlung des Vorstandes. Der Regel nach einmal wöchentlich, in Metz und Colmar alle 14 Tage, in Zabern und Saargemünd einmal monatlich, sollen die Vorsteher der Gefängnisse mit den Oberbeamten, denen je nach Ermessen des Vorstehers einige Oberaufseher und Werkmeister beigesellt werden können, zu einer Sitzung zusammentreten. Es werden hier die eingegangenen Ministerialverfügungen allgemeineren Inhalts vorgelesen, ferner Massregeln und Vorschläge bezüglich allgemeiner Zustände und Einrichtungen, die Persönlichkeit und Dienstführung der Unterbeamten, auch wichtigere Vorkommnisse bei einzelnen Gefängnissen zur Besprechung gebracht und alle in dieser Beziehung gemachten Wahrnehmungen mitgeteilt. Durch solche Sitzungen wird das Verständniss für die Aufgabe der Gefängnisverwaltung und das Interesse an der Lösung derselben gefördert. In dem dadurch weiterhin erzielten Einverständniss liegt zugleich ein Haltepunkt für die unteren und untersten Beamten in ihrem Benehmen gegen die Gefangenen und dadurch wieder eine Gewähr für richtige und vollständige Handhabung der Hausordnung.

III. Zur Leitung der einzelnen Anstalten wurden meist erfahrene Gefängnisbeamte aus Alt-Deutschland berufen. Dieselben erhielten bei den Strafanstalten Hagenau und Ensisheim die Qualifikation als Direktoren, die Leiter der Bezirksgefängnisse nannte man Inspek-

toren oder Oberinspektoren. Diesen wurden dann wieder die erforderlichen Ober- und Aufsichtsbeamten zugeteilt und mit der Wahrnehmung des Aufsichtsdienstes in den Kantonalgefängnissen in der Regel Gemeindebeamte im Nebenamt betraut. Späterhin wurden dann noch vier weitere Direktorstellen errichtet, die z. Z. den Vorstehern des Landesarbeitshauses in Pfalzburg und der Bezirksgefängnisse in Strassburg, Metz und Mühlhausen übertragen sind. Die Vorsteher der Bezirksgefängnisse in Colmar und Zabern führen die Amtsbezeichnung Oberinspektor, mit der Leitung des Bezirksgefängnisses in Saargemünd ist der Direktor des Bezirksgefängnisses in Metz betraut.

Im übrigen unterscheidet man zwischen den dem Vorsteher beigegebenen Ober- und Unterbeamten. Zu den Oberbeamten gehören die Rendanten, Sekretäre, Inspektoren oder Expedienten, sowie die Geistlichen, Lehrer und Aerzte. Zu den unteren Beamten zählen die Oberaufseher, Aufseher, Aufseherinnen und die erforderlichen Bureaue Gehül fen.

Die Inspektoren unterstützen die Vorsteher im Polizei-, Arbeits- und Oekonomiedienst und zerfallen demgemäss in Polizei-, Arbeits- und Oekonomieinspektoren. Der Polizeiinspektor hat besonders durch fortgesetztes Besuchen der gemeinschaftlichen Haft- und Schlafstellen, der Isolierzellen, der Koch- und Waschküche, sowie der Höfe sich davon zu überzeugen, dass die bestehenden allgemeinen Vorschriften und die gegebenen besonderen Anordnungen über Reinlichkeit, Ordnung und Sicherheit der Anstalt und über das Verhalten und die Behandlung der Gefangenen sowohl von Seiten letzterer, als von Seiten der Aufsichtsbeamten beachtet und richtig zur Ausführung gebracht werden.

Dem Arbeitsinspektor liegt ob, für die Beschäftigung

der Gefangenen zu sorgen und die erforderlichen Vorschläge wegen der Einrichtung der Arbeit und der Zuteilung der Gefangenen an die einzelnen Zweige der Beschäftigung den Vorstehern vorzulegen, ferner nach Anweisung des Vorstehers die Löhne für die geleisteten Arbeiten, die Verkaufspreise der im Selbstbetrieb gefertigten Fabrikate und die Beträge der den Gefangenen zu bewilligenden Verdienstanteile festzusetzen.

Der Oekonomieinspektor endlich hat zu sorgen für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Anstalt, namentlich für die Verpflegung der Gefangenen, gleichviel ob diese durch einen Verpflegungsunternehmer oder aus Mitteln des Gefängnisses bestritten wird, ausserdem liegt ihm ob, die Verwaltung des gesamten Inventars.

Der Oberaufseher ist, soweit ihm nicht vom Vorsteher ein eigener Dienstzweig übertragen ist, der Hilfsbeamte der Inspektoren, durch welchen diese die Führung der Aufsichtsbeamten in und ausser dem Dienst überwachen und die Behandlung der Gefangenen leiten lassen. Er ist der unmittelbare Vorgesetzte der Aufseher.

Die Aufseher selbst teilt man ein in Lazarethaufseher, Zellaufseher, Pförtner, Nachtaufseher, Aufseher bei Aussenarbeiten und Aufseherinnen für weibliche Gefangene. Da die Funktionen dieser verschiedenen Kategorieen schon genügend durch den Namen gekennzeichnet sind, darf ich wohl auf eine nähere Schilderung derselben verzichten. Nur das Institut der Aufseherinnen möchte ich mit kurzen Worten streifen. Hier hat man vielfach den Aufsichtsdienst den Mitgliedern religiöser Korporationen und Orden überlassen. Bei aller Hochachtung für die Hingabe und Aufopferung, die Ordensschwestern in ihrem Beruf an den Tag zu legen pflegen, bin ich doch aus zwei Gründen gegen

ihre Zulassung. Einmal, weil die Gefahr zu nahe liegt, dass durch sie religiöse Heuchelei oder Schwärmerei gross gezogen wird, sodass das Gefängniss gar leicht zum Kloster wird, und zweitens, weil ihnen meistens die Lebenserfahrung fehlt, um die Gefangenen, die aus dem vielgestalteten wirtschaftlichen und sozialen Leben kommen und dahin zurückkehren, richtig zu behandeln.

IV. Bei den Amtsgefängnissen fallen die oben angeführten Zwischenstufen selbstverständlich fort. Hier hat der Amtsrichter die Thätigkeit des Gefängnissaufsehers zu beaufsichtigen, insbesondere für die richtige Handhabung der Dienst- und Hausordnung und die sachgemässe Behandlung der Gefangenen zu sorgen, auch liegt ihm ob die Revision und Prüfung des Inventars, sowie des baulichen Zustandes des Gefängnisses.

Zweiter Abschnitt.

Die Gefängnisanstalten.

§ 4.

Die Entwicklung im Allgemeinen.

(Vergl.: E. Z. von 1882 — 1896; Bericht und Uebersicht von 1888/89).

In der Zweckbestimmung der einzelnen aus der französischen Zeit übernommenen Gefängnisanstalten fanden wesentliche Aenderungen nicht statt. Vorhanden waren die bereits erwähnten „maisons centrales“ und „maisons d'arrêt, de correction et de justice“. Daneben kämen höchstens noch in Betracht die Arrestlokale für die Friedensgerichte, die sog. „chambres et dépôts de sûreté.“ Als das Gesetz vom 4. Juli 1871 (betreffend Abänderung der Gerichtsverfassung in Elsass-Lothringen) die Einrichtung von Kantonalgefängnissen an den Sitzen der Friedensgerichte erforderlich machte, wurden hierzu meist diese „chambres et dépôts de sûreté“ benutzt, daneben auch die Municipalgefängnisse und Arresthäuser der nach der Occupation aufgehobenen Tribunale zu Schlettstadt, Weissenburg, Saarburg, Vic und Diedenhofen.

Die sämtlichen, aus der französischen Zeit übernommenen Gefängnisräumlichkeiten genügten zwar dem

dringendsten Bedürfnisse, entsprachen aber im Uebrigen nicht den Anforderungen, welche an derartige Anstalten vom Standpunct eines geordneten Strafvollstreckungswesens gestellt werden müssen. Am unzureichendsten gestaltete sich der Zustand in den Kantonalgefängnissen. In diesen konnten überhaupt nur kurze Haftstrafen vollstreckt werden, und es mussten nicht nur die Untersuchungs- und Gefängnissgefangenen, sondern auch alle zu längeren Haftstrafen verurteilten Personen in den Bezirksgefängnissen untergebracht werden. Ausserdem mussten für die der Landespolizeibehörde überwiesenen Personen Arbeitshausabtheilungen eingerichtet werden, wozu man ebenfalls verschiedene Bezirksgefängnisse zu benutzen gezwungen war. Hierdurch ergab sich in diesen eine derartige Ueberfüllung, dass längere Gefängnisstrafen in denselben nicht vollstreckt werden konnten, und daher mussten alle zu Gefängnisstrafen von mehr als 1 Jahr verurteilten männlichen Gefangenen der ursprünglich nur für die Vollstreckung der Zuchthausstrafe bestimmten Anstalt zu Ensisheim überwiesen werden ¹⁾).

Das nächste und dringendste Bedürfniss bestand demnach darin, neue Gefängnisräume zu schaffen oder die vorhandenen umzugestalten oder zu erweitern. Dieses Bedürfniss machte sich um so mehr geltend mit der Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes am 1. October 1879, welches an die Stelle der Friedensgerichte Amtsgerichte mit wesentlich erweiterter Zuständigkeit setzte. Hierdurch wurde die Landesverwaltung direct genötigt, überall dort, wo die bisherigen Kantonalgefängnisse den neuen Institutionen nicht entsprachen und

¹⁾ Der Gefangenenbestand dieser Anstalt betrug infolgedessen längere Zeit über 1000 Insassen, während er höchstens auf 500 Köpfe bemessen werden dürfte. cf. Krohne, S. 291.

namentlich keine ausreichenden Unterkunftsräume für Untersuchungsgefangene boten, auf den Umbau jener bzw. den Neubau von Amtsgefängnissen Bedacht zu nehmen.

Vorbereitet wurden diese späteren baulichen Veränderungen durch das Gesetz vom 7. April 1879, wonach die Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung der Gefängnisse, soweit diese Verpflichtung bisher den Bezirken oblag, auf den Landesfiscus überging. Dadurch hat Letzterer das Eigentum an den vorhandenen Grundstücken und Einrichtungen und damit das freie Verfügungsrecht über die Bezirksgefängnisse ¹⁾ erworben. Nachdem sodann durch allerhöchste Verordnung vom 5. Juni 1882 vom 1. Juli desselben Jahres ab die Oberleitung des Gefängniswesens von der Ministerialabteilung des Innern auf die Ministerialabteilung für Justiz und Kultus übergegangen war, hat die Justizverwaltung mit den erforderlichen baulichen Veränderungen dadurch begonnen, dass sie mit einem Kostenaufwand von mehr als 1 Million Mark zwischen 50 und 60 Amtsgefängnisse ²⁾ teils neu herstellte, teils durch Umbau erheblich erweiterte und verbesserte. Auch das Eigentum an diesen Amtsgefängnissen steht heute fast ausnahmslos dem Landesfiscus zu, auf welchen durch § 13 des Gesetzes vom 25. März 1889 die Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung dieser Gefängnisse, soweit dieselbe bis dahin den Gemeinden oblag, übergegangen ist.

Die Einrichtung der Amtsgefängnisse wurde nun durchgehends derart getroffen, dass in denselben längere

¹⁾ Mit Ausnahme des der Stadt Strassburg gehörenden Bezirksgefängnisgebäudes.

²⁾ Unter anderen wurden neu gebaut die Amtsgefängnisse von Lörchingen, Chateau-Salins, Sierck, Bolchen, Rosheim, Molsheim, Sennheim, Busendorf, Barr, Markkirch, Rohrbach, Remilly, Rombach, Erstein, Schiltigheim und Forbach.

Haftstrafen und kürzere Freiheitsstrafen vollstreckt werden können. Die mit der Vornahme dieser Bauten sich vollziehende tiefgreifende Reform gewann aber insbesondere dadurch an Bedeutung, dass die Neubauten fast ausschliesslich nach dem System der Einzelhaft eingerichtet wurden und dass ebenso bei Umbauten auf die Beschaffung von Isolierzellen möglichst Bedacht genommen wurde.

Das ausgesprochene System der Einzelhaft ist das sog. „pennsylvanische System,“ wie es in dem „Eastern Penitentiary Philadelphia“ seinen Ausdruck gefunden hat. Grundsatz ist hier: strenge Trennung der Gefangenen bei Tag und Nacht in Einzelzellen. Diesem System gegenüber steht das im Zuchthaus Auburn durchgeführte System, das eine Trennung der Gefangenen nur bei Nacht zulässt, während am Tage gemeinschaftliche Haft mit Schweiggebot besteht. Ein drittes System, das irische, auch Stufensystem genannt, beginnt die Erziehung des Gefangenen mit der Einzelhaft, führt dann zur gemeinschaftlichen Haft über und endet mit der vorläufigen Entlassung, wobei das Fortschreiten von einer Stufe zur anderen bedingt wird durch das Gesamtverhalten des Gefangenen mit besonderer Berücksichtigung seiner sittlichen Stellung.

Das am meisten angegriffene System war das pennsylvanische, und doch hat sich dasselbe in seiner Hauptsache zu erhalten gewusst. Vergleichsweise hat es auch die grössten Vorteile. Die Einzelhaft macht es leicht, die äussere Ordnung herzustellen und mit verhältnissmässig wenig Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten, sie bietet dem Gefangenen weniger Gelegenheit zu excediren. Sie erleichtert die sicherheitspolizeiliche Ueberwachung und macht die Verwaltung nach allen Richtungen hin durchsichtiger.

Eine unbedingte Durchführung der Einzelhaft in den Strafanstalten, insbesondere eine gleichmässige Anwendung derselben auf alle Sträflinge wird jedoch heute von keiner Seite mehr gefordert. Eines passt nicht für alle — am wenigsten eine Einrichtung wie die Einzelhaft, welche im allgemeinen mit der Eigenart der menschlichen, auf Geselligkeit hinzielenden Natur schwer vereinbar, auf die einzelnen Individuen verschiedenartig einwirkt und einwirken muss. Die Einzelhaft kann den wohlthätigsten Einfluss ausüben, sie kann aber, und zwar ebensowohl in Betreff der sittlichen Umgestaltung, als auch für die körperliche und geistige Gesundheit des Sträflings von den nachtheiligsten Folgen begleitet sein. Der Sträfling ist eben ein Mensch, nicht aber eine Maschine, die, nach bekannten Regeln gehandhabt und geleitet, immer dieselben Erfolge dieser Handhabung und Leitung aufweist. Der hauptsächlichste Gedanke, durch die Isolirung die Gemeinschaft mit anderen Sträflingen und hiermit die über die Strafzeit hinausdauernden und nach derselben wirksam werdenden Bekanntschaften der Sträflinge unter sich zu verhindern, sowie durch die Einsamkeit und durch die sie unterbrechenden bestimmten Besuche auserwählter Persönlichkeiten auf die sittliche Besserung des Sträflings einzuwirken, ist gewiss ein sehr berechtigtes. Bei verschiedenen Verbrechen wird es aber gerade die Aufgabe des Strafvollzugs sein, die Strafe so einzurichten, dass sie den Sträfling auch gewöhnt, verträglich und verständig in der Gemeinschaft mit anderen zu leben. Hier wäre z. B. die Einzelhaft nicht angezeigt. Immer wird in der ganzen Frage die Wahl des Directors wie der Beamten der Strafanstalt entscheidend sein; in ihr liegt der Erfolg, wie der Misserfolg einer jeden solchen Einrichtung.

Auch die elsass-lothringische Gefängnisverwaltung hat das System der Einzelhaft nicht stricte durchgeführt. Sie hat vielmehr die principielle Frage ganz unberührt gelassen, ob in den Gefängnissen überhaupt der Strafvollzug in Einzelhaft oder doch teilweise in Einzelhaft, teilweise in Gemeinschaftshaft zu erfolgen habe. Als Grundsatz für die Anwendung der Einzelhaft wurde aufgestellt, dass einerseits fluchtverdächtige, sicherheitsgefährliche, sittlich besonders verwahrloste und mit ansteckenden, ekelerregenden Krankheiten behaftete, andererseits noch nicht bestrafte, insbesondere jugendliche und solche Gefangene in Zellenhaft zu nehmen sind, welche einen hierauf gerichteten Wunsch ausgesprochen haben.

Die Umgestaltung der Amtsgefängnisse hatte eine so beträchtliche Entvölkerung der Bezirksgefängnisse zur Folge, dass die Bestimmung, wonach die Vollstreckung von Gefängnisstrafen über 1 Jahr an Männern in der Strafanstalt Ensisheim zu erfolgen hatte, in Wegfall kommen konnte. Mit der hierdurch bewirkten Verringerung des Gefangenenbestandes in letzterer Anstalt konnte die Justizverwaltung auch dazu übergehen, das System der „beschränkten“ Einzelhaft, wie sie es selbst nennt, weiter einzuführen, was bei dem früheren Bestande auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen wäre.

Der zu diesem Zweck erforderliche Um- und Neubau der Strafanstalt Ensisheim wurde im Frühjahr 1885 begonnen und im Herbst 1887 mit einem Gesamtkostenaufwand von 310000 Mark vollendet. Der Zellenbau, welcher aus dem Erdgeschoss und 3 Stockwerken besteht, enthält 222 Einzelzellen. Das System der beschränkten Einzelhaft kam auch weiterhin zur Durchführung in der Strafanstalt Hagenau, deren durch-

schnittlicher Bestand etwa 240 Gefangene beträgt, durch Errichtung von 50 Einzelzellen und mehr als 200 Schlafzellen, sowie teilweise in den Bezirksgefängnissen Strassburg, Colmar und Zabern, ebenfalls durch Errichtung einer grösseren Zahl von Einzelzellen. Ausserdem verdienen in Bezug auf die Zelleneinrichtung die Gefängnisbauten in Mühlhausen und Metz Erwähnung. Der erstere, im Jahre 1889 begonnen und im Jahre 1892 mit einem Gesamtkostenaufwand von 457000 Mark vollendet, erstreckte sich hauptsächlich auf die Herstellung von Einzelzellen, wodurch zu den bereits vorhandenen, hauptsächlich für Untersuchungsgefangene bestimmten 60 Zellen noch weitere 130 Einzelzellen für Strafgefangene getreten sind. Durch die bedeutenden Erweiterungen, welche das Bezirksgefängniss zu Mühlhausen auf diese Weise erhalten hat, wurde es möglich, dortselbst nicht nur die Gefängnisstrafen aus dem Landgerichtsbezirk Mühlhausen, sondern auch diejenigen aus anderen Landgerichtsbezirken, soweit die Anwendung der Einzelhaft geboten erschien, zur Vollstreckung zu bringen. In Metz wurde beim Bezirksgefängniss eine neue Weiberabteilung durchweg mit Einzelzellen errichtet, ausserdem gelangte die Vergrösserung und Umgestaltung des früheren Untersuchungsgefängnisses in ein Männergefängniss zur Ausführung. Ein besonderer Flügel desselben enthält 50 Einzelzellen.

Mit diesen Bauten war dem sehr fühlbar gewordenen Mangel an Einzelzellen zur Hauptsache abgeholfen. Die Verwaltung konnte nun in den grösseren Gefangenenanstalten mit einer Belegungsfähigkeit von zusammen 3000 Personen, über ungefähr 540, in den Amtsgefängnissen bei einer Belegungsfähigkeit von zusammen etwa 800 Personen über 320 Einzelzellen

verfügen. Diese Zahlen entsprechen auch annähernd der von der Verwaltung selbst aufgestellten Rechnung, wonach zufolge feststehenden Erfahrungen in einem für schwere Verbrecher bestimmten Gefängnisse es möglich sein soll, mindestens 10 % der Inhaftirten zur Bestrafung wegen Widersetzlichkeit oder wegen Uebertretung der Vorschriften der Hausordnung und des Arbeitsbetriebes in Einzelhaft zu verbringen. Ausserdem, so fährt der Bericht der Gefängnisverwaltung aus dem Jahre 1882/83 weiter fort, sind stets eine grössere Zahl von Individuen vorhanden, welche die Sicherheit ihrer Mitgefangenen und des Aufsichtspersonals gefährden oder des Versuchs der Flucht verdächtig sind, andere, welche grober Unsittlichkeiten mit ihren Schlafgenossen fähig erscheinen, und wieder andere, für welche das Zusammenleben mit sittlich verkommenen Personen, wie solche die Gefängnisse vielfach bergen, eine harte Erschwerung der Strafe und die Gefahr weiteren moralischen Sinkens in sich schliesst. Für alle diese Categorien müssten mindestens weitere 10 % der Gesamtzahl der Gefangenen angenommen werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus wurde denn auch an den verschiedenen Orten, wie Ensisheim, Mülhausen, Metz und Hagenau, sowie einigermaßen in Zabern für die Errichtung genügender Isolierzellen gesorgt, in Colmar und Strassburg der Mangel an Einzelzellen wenigstens bezüglich der Weiber abgestellt. In Strassburg wird dieser Mangel bezüglich der Männer auch noch weiter bestehen bleiben, da derselbe nach den gegenwärtigen Verhältnissen (die Verfügung über das im Eigentum der Stadt befindliche Bezirksgefängnis steht der Gefängnisverwaltung nur bis 1944 zu) schwer abzustellen ist.

§ 5.

Die Anstalten für Jugendliche.

(Vergl.: E. J. von 1882/83; 1888/89; 1890—96;
Bericht 1888/89).

Die der Gefängnisverwaltung gesetzte schwere Aufgabe der Erziehung und Besserung der Gefangenen muss vor allem bei den jugendlichen Delinquenten beginnen. Mit Recht klagte man noch anfangs der siebenziger Jahre, dass nach dieser Richtung hin in Deutschland wenig geschähe. Hat man sich doch, da die in § 56 S. G. B. vorgeschriebenen Anstalten für jugendliche Corrigenden nirgends zu finden waren, von Seiten der Gerichte oft damit geholfen, dass man unter Annahme des im § 57 vorausgesetzten Erkenntnisvermögens in der Mehrzahl der Fälle auf Gefängnisstrafe erkannte. In den Gefängnissen aber, oft nur durch eine Art Demarkationslinie von den hartgesottensten Spitzbuben getrennt, kann eine Besserung jugendlicher Verbrecher unmöglich erfolgen. Im Gegenteil, es muss eine Verschlechterung eintreten, die dahin führt, dass der Jugendliche aus einer solchen Vorschule als vollendeter Verbrecher hervorgeht, um in Zukunft die Zuchthäuser zu frequentiren.

Die deutsche Gefängnisverwaltung fand bezüglich dieser ganzen Frage den Boden in Elsass-Lothringen allerdings etwas vorbereitet durch einige Privatbesserungsanstalten, unter denen besonders die „colonie agricole“ in Ostwald bei Strassburg zu erwähnen ist. Dieselbe hatte den Zweck, verwahrloste Knaben an der Hand landwirtschaftlicher, z. T. recht anstrengender

Beschäftigung während des Sommers und industrieller während des Winters zu Zucht und Arbeit zu erziehen. Da jedoch die vorhandenen Anstalten sämtlich eine genügende staatliche Aufsicht nicht gestatteten, wurde im Jahre 1874 in der Strafanstalt Hagenau eine Erziehungs- und Besserungsanstalt für Mädchen und im Jahre 1875 eine solche für Knaben auf einem zu diesem Zwecke angekauften Gut „Jesuitenhof“ bei Hagenau errichtet und mit der Leitung beider Anstalten der Director der Strafanstalt in Hagenau, unter der Aufsicht des Bezirkspräsidenten in Strassburg, betraut. Auf diese Weise wurde zunächst die Unterbringung solcher jugendlicher Personen ermöglicht, welche gemäss § 56 S. G. B. wegen einer von ihnen begangenen Straftat freigesprochen, aber einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt überwiesen worden waren.

Der Wirkungskreis dieser Anstalten wurde bald erweitert. Nach dem Inkrafttreten der Novelle vom 26. Februar 1876 zum S. G. B. mussten sie nämlich auch zur Aufnahme solcher Jugendlichen dienen, welche wegen Nichtvollendung des zwölften Lebensjahres strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten, deren Unterbringung in eine Besserungsanstalt aber der Familienrat gemäss § 55 S. G. B. für zulässig erklärt hatte. Die Anstalt für Mädchen in Hagenau wurde jedoch, nachdem die Schwestern vom heiligen Kreuz eine Erziehungs- und Besserungsanstalt für katholische Mädchen zu Neuhof und die Diakonissenanstalt zu Strassburg eine solche für protestantische Mädchen daselbst eingerichtet hatten, im Jahre 1883 aufgelöst ¹⁾ und die Unterbringung der Mädchen je nach ihrem Religionsbekenntniss in eine dieser staatlich beaufsichtigten Anstalten angeordnet.

¹⁾ Von da ab wurden der Anstalt in Hagenau sämtliche Arbeitshäuslerinnen überwiesen.

Nachdem vom 15. Juni 1889 ab die Aufsicht über die Erziehungs- und Besserungsanstalten auf die Justizverwaltung übergegangen war, wurde ein weiterer bedeutsamer Schritt auf dem Gebiet der zwangsweisen Erziehung Jugendlicher durch das Gesetz vom 18. Juli 1890 gemacht. Dieses Gesetz beschränkt nämlich die Zulässigkeit der Unterbringung verwahrloster Kinder nicht auf die in dem S. G. B. enthaltenen Voraussetzungen, sondern dehnt sie auch auf alle diejenigen Fälle aus, in welchen das geistige und leibliche Wohl des Kindes durch schuldhaftes Verhalten der Eltern gefährdet ist oder die Erziehungsgewalt der Eltern zur Verhütung der sittlichen Verwahrlosung des Kindes nicht ausreicht oder nach dem Tode der Eltern die sittliche Verwahrlosung des Kindes eingetreten oder dringend zu befürchten ist. Die Unterbringung kann entweder in einer Familie oder in einer Anstalt erfolgen. Ueber die Notwendigkeit der Unterbringung entscheidet der Amtsrichter, der Vollzug dieser Entscheidung steht dem Vorstand der Gefängnisverwaltung zu.

Der Schwerpunkt der Wirkung des Gesetzes lag natürlich darin, wie weit es gelingen würde, die richtigen Wege für die bestmögliche Unterbringung der Verwahrlosten zu finden. Der Grad der Verwahrlosung der Kinder ist ja ein ungemein verschiedener. Oefter hat das unsittliche Verhalten der Eltern erst einen geringen Einfluss auf die Gemüter ihrer noch im zarten Alter stehenden Kinder gehabt; andererseits sind Kinder von 11 bis 14 Jahren schon tief in Laster aller Art versunken und von Grund aus verdorben. Wie für erstere die Aufnahme in geeignete Familien die beste Gewähr für eine gesunde Entwicklung geben muss, ebenso angezeigt ist in letzterem Falle die strengere Zucht einer Anstalt.

Zunächst galt es also diejenigen Familien zu ermitteln, welche bereit waren, in geringerem Grade verwahrloste oder noch ganz unverdorbene Kinder bei sich aufzunehmen und zu erziehen. Von einer eigenen Organisation über das ganze Land konnte man vorderhand absehen, da die seit vielen Jahrzehnten im Segen waltenden Bezirks - Anstalten zur Fürsorge für „die unterstützten Kinder“ sich auf Anfrage bereit erklärten, auch für die Unterbringung und Ueberwachung der ihnen zu überweisenden verwahrlosten Kinder durch ihre Organe Sorge zu tragen ¹⁾.

Schwieriger gestaltete sich die Unterbringung derjenigen Kinder, deren angemessene Erziehung in einer Familie nicht zulässig erschien. Hier kamen naturgemäss zunächst die bestehenden Erziehungs- und Besserungsanstalten in Betracht, denen bisher schon auf Grund der §§ 55, 56 S. G. B. Kinder, die Straftthaten begangen hatten, zur Erziehung überwiesen worden waren, für Knaben die staatliche Erziehungs- und Besserungsanstalt zu Hagenau, für katholische Mädchen das Institut der Kreuzschwestern zu Neuhof, für evangelische Mädchen das Diakonissenhaus zu Strassburg. Beide letztere Anstalten waren auch sofort bereit, den Kreis ihrer Pfleglinge durch unbeschränkte Aufnahme der auf Grund des Gesetzes vom 18. Juli 1890 unterzubringenden Mädchen zu erweitern. Die Erziehungs- und Besserungsanstalt bei Hagenau konnte jedoch trotz Vermehrung der Zahl der Betten um 40 dem Bedürfniss zur Unterbringung verwahrloster Knaben nur auf eine ganz kurze Frist genügen ²⁾. Wollte man daher nicht

¹⁾ Dieses Entgegenkommen dehnte sich seitens der Bezirks-Findel- und Waissenanstalt des Unter-Elsass sogar auf die aus Lothringen stammenden Kinder aus.

²⁾ Die Anstalt hatte schon bis zu 400 Kinder aller Bekenntnisse aufgenommen und war mehrmals überfüllt gewesen.

ohne Verzug zur Errichtung einer zweiten staatlichen Anstalt schreiten, so mussten noch andere Wege zu angemessener Unterbringung jener ermittelt werden. Nach kurzen Unterhandlungen fand sich denn auch willig zur Fürsorge für protestantische Knaben: aus dem Elsass der „Verein zur Erziehung protestantischer Kinder“ in Neuhof, aus Lothringen das Johannesstift bei Metz. Zur Aufnahme katholischer Knaben aus Lothringen erklärte sich Pfarrer Thilmont zu Giningen bei Diedenhofen bereit, der für diesen Zweck eine eigene Anstalt in's Leben gerufen hat. Auch mit der Anstalt der Rappoltsweiler Schwestern zu Willerhof, Kreis Schlettstadt, und der Verwaltung des landwirtschaftlichen Asyls zu Sennheim wurde damals mit Erfolg angeknüpft. Da jedoch an letzteren Orten nur noch eine geringe Zahl von Pfleglingen Unterkunft finden konnte, so hätte sich die Errichtung einer neuen staatlichen Anstalt kaum umgehen lassen, wenn nicht wieder von privater Seite Hülfe eingetreten wäre. So eröffnete im Juli 1892 der Verein zur Erziehung protestantischer Kinder auf dem Marschallshof zu Neuhof bei Strassburg eine besondere Anstalt für nach dem Gesetze vom 18. Juli 1890 überwiesene verwahrloste Knaben. Im Monat darauf fand die feierliche Grundsteinlegung eines zur Aufnahme von 50 Knaben bestimmten Wohngebäudes für die Anstalt des Pfarrers Thilmont statt. Diese Anstalt insbesondere zeigte auch in den folgenden Jahren eine fortschreitende Entwicklung, die der Erwähnung wert ist. Nicht nur dass mit erheblichem Kostenaufwand dieser zweckmässige Neubau aufgeführt wurde, so wurde es auch durch den Ankauf eines Landgutes möglich gemacht, eine erheblich erweiterte Anzahl von Zöglingen aufzunehmen und dieselben mit landwirtschaftlichen Arbeiten zu beschäf-

tigen. Im Jahre 1894 umfasste die Anstalt schon gegen 100 Zöglinge ¹⁾. Endlich hat die bischöfliche Behörde zu Strassburg i. E. am 1. Januar 1893 zu Still bei Molsheim unter Leitung von Matzenheimer Schulbrüdern eine Anstalt für verwahrloste Knaben aus dem Elsass eröffnet. Die Unterbringung der katholischen Kinder aus dem Elsass übernahm bereitwillig der Strassburger Raphaelverein.

Dass das Gesetz vom 18. Juli 1890 in den Jahren seines Bestehens von wohlthätiger Wirkung gewesen ist, beweist das seitdem eingetretene erhebliche Sinken der Zahl der in den Bezirksgefängnissen zur Verbüßung rechtskräftig erkannter Gefängnisstrafen eingelieferten Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren. Dieselbe betrug im Jahre 1889/90 gegen 110, fiel im folgenden Jahre auf 77, betrug im Jahre 1895/96 nur noch 31 und hat sich seitdem ungefähr auf dieser Höhe gehalten.

§ 6.

Die Specialisirung der Anstalten.

(Vergl.: E. Z. von 1882—1886; 1888/89; 1891—1896)

Zu den wesentlichen Forderungen der modernen Gefängniswissenschaft gehört auch die Specialisirung der Anstalten, die Klassifikation der Gefangenen nach der Strafart, nach dem Geschlecht und nach der Beschäftigung. Die deutsche Verwaltung gab gleich in ihrem ersten Jahresbericht ihre Absicht kund, eine solche

¹⁾ Der Leiter der Anstalt hat sich auch insofern noch besondere Dienste erworben, dass er die Familienpflege für verwahrloste Kinder in Lothringen organisirte.

Specialisirung durchzuführen und einzelne Anstalten möglichst ausschliesslich für bestimmte Klassen von Gefangenen zu benutzen.

Man begann mit den Arbeitshausgefangenen. Die weiblichen Gefangenen wurden 1883 sämmtlich der Weiberanstalt zu Hagenau zugewiesen ¹⁾. Die Abteilungen für männliche Arbeitshausgefangene in den Bezirksgefängnissen wurden ebenfalls mit dem 1. Oktober desselben Jahres aufgelöst und die betreffenden Individuen in der zu Pfalzburg eingerichteten und unter der Verwaltung der Abteilung des Inneren stehenden Arbeitsanstalt untergebracht ²⁾.

Diese neue Unterbringung der Arbeitshausgefangenen gab dann weiterhin Anlass zu der Anordnung vom 3. October 1883. Danach sollte die Unterbringung der bisher zu Ensisheim inhaftirten Gefangenen, an welchen Gefängnisstrafen von mehr als 1 bis 2 Jahren zu vollstrecken sind, aus den Landgerichtsbezirken Mülhausen und Colmar im Bezirksgefängniss zu Mülhausen, aus den übrigen Landgerichtsbezirken im Bezirksgefängniss zu Strassburg erfolgen. Ferner sollten die bisher in letzterem inhaftirten Gefangenen aus dem Landgerichtsbezirk Zabern, welche zu einer Gefängnisstrafe von mehr als 8 Wochen bis zu einem Jahr verurteilt waren, diese Strafe jetzt nur noch im Bezirksgefängniss zu Zabern verbüssen. Diese Massnahmen wurden dann im November 1884 auf die mit 2—3 Jahren Gefängniss Bestraften ausgedehnt.

Auf diese Weise waren Ende 1885 in Ensisheim ausser den Zuchthäuslern nur etwa 70 der mit den

¹⁾ Die bisher nach § 55 und 56 S. G. B. zur Besserung dort untergebrachten Mädchen wurden daraus entfernt. cf. S. 30.

²⁾ Die Aufsicht über die Arbeitshäuser ging bald auf die Justizverwaltung über, sodass die Centralisation damit ihren Abschluss erreichte.

schwersten Gefängnisstrafen belegten Personen verblieben. Im October 1886 wurden dann auch die letzten Gefängnisgefangenen mit Freiheitsstrafen von mehr wie 1 Jahr, welche bis dahin noch in Ensisheim verblieben waren, in die Bezirksgefängnisse zu Strassburg und Mülhausen versetzt. Damit war Ensisheim eine Strafanstalt geworden, in der nur noch Zuchthausstrafen von Männern verbüsst wurden.

Die weiblichen Gefangenen, abgesehen von den weiblichen Arbeitshausgefangenen werden, wenn sie Gefängnisstrafen von mehr als 4 Monaten zu verbüssen haben, ebenso wie die weiblichen Zuchthausgefangenen und die weiblichen jugendlichen Gefangenen mit Gefängnisstrafen von mehr als 1 Monat der Strafanstalt zu Hagenau überwiesen. Die übrigen weiblichen Gefangenen mit Gefängnisstrafen bis zu 4 Monaten sind seit Dezember 1885 in den Bezirksgefängnissen ausser dem von Saargemünd untergebracht. Danach ist bei den weiblichen Gefangenen die Klassification bezüglich des Geschlechtes nur teilweise, bezüglich der Strafart so zu sagen gar nicht durchgeführt. Es liegt dies wohl lediglich an der geringen Zahl der weiblichen Gefangenen überhaupt, sodass die Errichtung von besonderen Anstalten für die einzelnen Klassen allzu kostspielig wäre. Wenn nun auch hier für die nächste Zeit eine Besserung nicht zu erwarten ist, so müsste m. E. wenigstens bezüglich der obenerwähnten weiblichen jugendlichen Gefangenen eine Aenderung eintreten. Mit der allerwärts beobachteten stetigen Vermehrung der Zahl der Rückfälligen und derjenigen der jugendlichen Verbrecher muss sich die Ueberzeugung Bahn brechen, dass dem Strafvollzug für jugendliche Uebelthäter die peinlichste Aufmerksamkeit zu schenken und dazu vor allem die streng durchgeführte Trennung von erwachsenen

Gefangenen erforderlich ist. Zu diesem Zwecke bedarf es der Concentrirung der männlichen Jugendlichen für sich und der weiblichen Jugendlichen für sich in besonders für sie eingerichteten, wenn auch in Verbindung mit etwa vorhandenen Anstalten stehenden Gebäuden. Auch die geringe Zahl der weiblichen Jugendlichen dürfte hiervon nicht abhalten. Leider ist diesbezüglich noch gar nichts in Elsass-Lothringen geschehen. Man behilft sich z. Z. mit folgender Anordnung bezüglich der männlichen Jugendlichen: Gefängnisstrafen von mehr als 1 Monat werden in den Bezirksgefängnissen zu Metz, Strassburg und Mülhausen vollstreckt. Falls es sich aber um Gefängnisstrafen von mehr als 4 Monaten und um Verwahrung in Einzelhaft handelt, geschieht die Vollstreckung stets im Bezirksgefängnis zu Mülhausen. Damit sind allerdings, wie die Verwaltung in ihrem Bericht selbst zugeben muss, die vorhandenen Uebelstände nur teilweise und einigermaßen gemildert.

Bezüglich der jetzt noch übrig bleibenden Gefangenen-Kategorien hat die Verwaltung folgendes bestimmt:

Häftlinge mit Strafen bis zu 28 Tagen, sowie die auf Grund von § 361, 1—8 S. G. B. verurteilten Personen mit Strafen bis zu einer Woche, endlich Gefängnissträflinge mit Strafen bis zu 8 Tagen werden in den bei den Amtsgerichten ¹⁾ befindlichen Amtsgefängnissen untergebracht. Falls genügender Raum vorhanden ist, können auf Anordnung des I. Staatsanwalts die erstbezeichneten Haftstrafen ohne Rücksicht auf ihre Dauer und die letzterwähnten Haft-, sowie die

¹⁾ Mit Ausnahme der Amtsgerichte am Sitze der Landgerichte.

Gefängnisstrafen bis zur Dauer von 14 Tagen, ebenfalls in diesen Amtsgefängnissen vollstreckt werden.

Im übrigen erfolgt die Vollstreckung von Gefängnis- und Haftstrafen — und zwar für die Amtsgerichte am Sitze der Landgerichte auch für die geringste Dauer — im allgemeinen in den Bezirksgefängnissen des betreffenden Landgerichtsbezirks, jedoch mit der Massgabe, dass Gefängnisstrafen von mehr als 1 Jahr gegen Männer aus dem Landgerichtsbezirk Colmar stets und aus den Landgerichtsbezirken Metz, Saargemünd und Zabern, falls die Anwendung der Einzelhaft geboten erscheint, im Bezirksgefängnis zu Mühlhausen, und sofern dies nicht möglich ist, im Bezirksgefängnis zu Strassburg zu vollstrecken sind.

Für die Vollstreckung der Festungshaft war zunächst die Festung Strassburg und später die Festung Bitsch bestimmt. An deren Stelle ist jedoch durch Verfügung vom 21. November 1890 die Festungstubengefangenenanstalt in Strassburg getreten.

Eine Klassificirung der Anstalten nach der Beschäftigungsart der Mehrzahl der Gefangenen ist bis jetzt nur wenig durchgeführt. Im allgemeinen wird das gesammte Schuhwerk und die Kleidung nebst Strümpfen und Wäsche in den Gefangenenanstalten hergestellt. Das Schuhwerk liefert zumeist Ensisheim, teilweise das Arbeitshaus in Pfalzburg und die Besserungsanstalt in Hagenau; Leinenstoffe aller Art, auch Baumwollenstoffe werden zu Ensisheim gewebt, die Wäsche und Frauenkleider in Hagenau, die Männerkleider zumeist in Ensisheim, diese ausserdem innerhalb des eigenen Bedarfs in Mühlhausen und Pfalzburg gefertigt.

Dritter Abschnitt.

Die Behandlung der Gefangenen.

§ 7.

Allgemeine Gesichtspunkte.

(Vergleiche hierzu G. O. §§ 4, 142, 212, 277, 279.)

An den Gefangenen wird eine Handlung des öffentlichen Rechts vollzogen, daher muss auch der Grundzug der ganzen Behandlung „Gerechtigkeit“ sein. Eine willkürliche Bevorzugung einzelner darf nicht stattfinden, wenn auch eine gewisse Berücksichtigung der Individualität und des bürgerlichen Standes nicht ausgeschlossen ist. So wird immer ein Unterschied zu machen sein zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, zwischen Gebildeten und Ungebildeten; Züchtlinge und Rückfällige werden strenger zu behandeln sein, als dies regelmässig bei anderen Gefangenen zu geschehen hat, und bei Untersuchungsgefangenen wird stets darauf Rücksicht zu nehmen sein, dass ihre Schuld noch nicht feststeht. Auch die elsass-lothringische Verwaltung macht es ihren Beamten zur Pflicht, ernst und fest, aber auch wohlwollend, leidenschaftslos und gerecht gegenüber den Gefangenen aufzutreten. Sie verlangt insbesondere von den mit dem Zellendienst

betrachten, dass sie über die Personalverhältnisse der ihnen anvertrauten Gefangenen vollständig unterrichtet sind. Die Behandlung muss aber auch eine „strenge und von sittlichem Ernste getragene“ sein, da der Gefangene zu einem geordneten, gesetzmässigen Leben erzogen werden soll. Sie muss derart gestaltet sein, dass der Gefangene körperlich und geistig gehoben die Anstalt verlässt. Unter diesem Gesichtspunkte sind auch die Vorschriften und Massregeln in hygienischer und sanitärer Beziehung, die Massregeln für Beköstigung, Verpflegung und Bekleidung, die Vorschriften für Seelsorge, Unterricht und Lektüre, die Bestimmungen über die Beschäftigung der Gefangenen, über Disciplinarstrafen und die Entlassung der Gefangenen zu betrachten, auf deren Gestaltung und Ausbildung in Elsass-Lothringen ich in Folgendem näher eingehen werde.

§ 8.

Sanitäre Einrichtungen.

(Vergleiche hierzu: G. O. §§ 46 — 51); 107;
127 — 129; 134; 147; 157; E. Z: ⁸³/₈₄; ⁸⁴/₈₅; ⁸⁶/₈₇;
202; 209; 215; 219; 231; 232; 254; 256.
D. O. F. G. A. §§ 6; 13; 17; 29; 36; H. O. §§ 4; 11.)

Die elsass-lothringische Verwaltung hat von jeher ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet, dass in den unter ihrer Aufsicht stehenden Anstalten alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um den mit der Gefangenschaft stets verbundenen nachteiligen Einwirkungen auf die Gesundheit und das Leben des

Gefangenen nach Möglichkeit vorzubeugen. Es ist eine überall constatirte Thatsache, dass die Morbiditäts- und Mortalitätsziffer unter den Insassen der Gefangenenanstalten eine grössere ist, als in der Gesamtbevölkerung ¹⁾. Es hängt dies zunächst damit zusammen, dass die Gefängnisbevölkerung durchweg, was ihre körperliche, geistige und sittliche Gesundheit anbelangt, infolge ererbter Fehler, vernachlässigter Erziehung und bisherigen Lebensweise hinter der Gesamtbevölkerung zurücksteht. Dazu treten die Einwirkungen der Gefangenschaft selbst, welche durch die Beschränkung des persönlichen Willens, durch die mit dem Erleiden der Strafe verbundene Gemütsregung, durch die Sorge um die zurückgebliebene Familie, durch die einförmige Lebensweise in der Anstalt einen je nach der Individualität des einzelnen Gefangenen mehr oder minder nachteiligen Einfluss auf seinen Gesundheitszustand ausüben müssen. Der Staat hat somit nicht nur im Interesse der Humanität, sondern auch mit Rücksicht auf die freie Bevölkerung, in welche der Gefangene bei seiner Entlassung als arbeitsfähiges Mitglied zurückkehren soll, alle Veranlassung, für den Gesundheitszustand der Gefangenen, soweit es das Wesen der Strafe irgendwie zulässt, Sorge zu tragen ²⁾.

Dieser Verpflichtung kommt die elsass-lothringische Verwaltung in vollem Masse nach. Es wird zunächst bei der Anlage und Einrichtung der Anstalten allen Vorschriften der Gefängnisshygiene mit Bezug auf die Lage der Anstalt, die Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Wasserversorgung, Beseitigung der Fäkalstoffe u. s. w.

¹⁾ cf. Baer: „Morbidität und Mortalität in den Gefängnissen in H. J. H. II § 438.

²⁾ cf. Krohne S. 439.

in vollem Masse Rechnung getragen. So wurden die städtischen Wasserleitungen in Hagenau, Mülhausen und Colmar für die an diesen Orten gelegenen Gefangenenanstalten nutzbar gemacht, auch für das Strassburger Untersuchungsgefängniss wurde der Anschluss an die städtische Wasserleitung ausgeführt. Ebenso wurden in einer ganzen Reihe von Amtsgefängnissen sanitäre Verbesserungen vorgenommen, welche bald in der Ableitung von Grundwasser, bald in der Einrichtung eines Wasch- und Baderaumes ihr Ziel hatten ¹⁾.

Eine strenge und ausgedehnte Gesundheitspolizei wurde eingerichtet, deren überwachende Thätigkeit sich sowohl auf die allgemeinen Gefängnissanlagen als auch auf die specielle Behandlung der Gefangenen erstreckt. Arzt, Polizeiinspektor und Aufseher arbeiten Hand in Hand zur Erreichung dieses Zweckes. So hat der Arzt ein besonderes Augenmerk zu richten auf die Beschaffenheit der Nahrungs- und Genussmittel, welche in der Anstalt verabreicht werden, insbesondere auf das Brod und das Trinkwasser. In gleicher Weise hat er auf die Heizung, Lüftung und etwa erforderliche Desinfektion der Krankenstuben, Arbeits-, Schlaf-, und Speiseräume zu achten und sich von der ordnungsmässigen Beschaffenheit der Isolir- und Arrestzellen zu überzeugen. Darin wird er unterstützt vom Polizeiinspektor, der auch seinerseits auf die strenge Befolgung der allgemeinen Vorschriften und besonderen Anordnungen über Reinlichkeit und Ordnung in der Anstalt achtet. Auch er wendet unter anderem der Verteilung der Kost, der Erwärmung, Lüftung und Beleuchtung, den Arbeitseinrichtungen, dem Zustande der Kleidung

¹⁾ So bei den Amtsgefängnissen von Château-Salins, Lörchingen, Molsheim, Schnierlach, Pfalzburg, Sulz u. W., Vic. u. s. w.

und Lagerung der Gefangenen seine stete Aufmerksamkeit zu.

In den kleinen Amtsgefängnissen ist es natürlich der Aufseher, der für grösste Ordnung und Reinlichkeit, für Lüftung und angemessene Heizung der Gefängnisräume zu sorgen hat.

Welchen Wert die Verwaltung dem allem beilegt, geht besonders aus den bis ins Kleinste gehenden Vorschriften für die Amtsgefängnisse hervor. Dieselben bestimmen z. B. dass die Nachtkübel täglich mindestens zweimal auszutragen und sorgfältig zu reinigen sind, dass die Zellen und Gänge des Gefängnisses täglich im Sommer bis 7 1/2, im Winter bis 9 Uhr gründlich gereinigt sein müssen und dass sie in der guten Jahreszeit wöchentlich einmal, sonst nach Bedürfniss aufzuwaschen sind.

Die Reinlichkeit und Sauberkeit in den Anstaltsräumen findet ihre Ergänzung in der Reinlichkeit, zu welcher die Gefangenen selbst angehalten werden. Die Thätigkeit der Gesundheitspolizei beginnt sofort bei der Aufnahme der Gefangenen. Sobald dem Oberaufseher die eingelieferten Gefangenen vorgeführt sind, veranlasst er unter der erforderlichen Rücksichtnahme deren gründliche Reinigung und eine genaue Untersuchung sowohl der Körper, wie der mitgebrachten Kleider. Besteht Verdacht, dass die Gefangenen an ansteckenden Krankheiten leiden, so muss er dieselben in den dafür bestimmten Raum bringen lassen. Er hat dann dafür zu sorgen, dass die Gefangenen spätestens 24 Stunden nach der Aufnahme zur ärztlichen Untersuchung kommen, welcher er selbst beiwohnt ¹⁾.

¹⁾ Bei denjenigen Gefangenen, die eine Freiheitsstrafe von über 4 Monaten zu verbüssen haben, je nachdem auch bei den Untersuchungsgefangenen, hat sich bei dieser Gelegen-

Aehnliche Vorschriften bestehen für die Amtsgefängnisse. Auch hier sind die Gefangenen bald möglichst nach der Aufnahme unter Aufsicht zur Reinigung ihres Körpers anzuhalten. Die mit Ungeziefer behafteten und alle diejenigen Gefangenen, welche voraussichtlich über 3 Tage im Gefängniss verbleiben, haben sofort, wo die erforderlichen Einrichtungen bestehen, ein Vollbad zu nehmen.

Jeder Gefangene wird sodann mit Kamm, Seife und Handtuch, sowie jeden Sonntag mit frischer Leibwäsche versehen. Auf ein in der Frühe gegebenes Zeichen muss er sofort vom Lager aufstehen, die oberen Teile des Körpers sowie die Hände waschen, sein Haar kämmen, die Kleider reinigen, sich ordentlich ankleiden sowie sein Bett in Ordnung bringen. Am Samstag muss er seine Kleider bürsten und ausklopfen und sein Schuhwerk reinigen und schmieren, wenn der Vorsteher nicht eine öftere Reinigung anordnet. Jeden Sonntag hat, wo möglich, eine Reinigung des ganzen Körpers zu erfolgen. Statt letzterer können die Gefangenen jeden Monat, und je nach Anordnung des Vorstehers oder Arztes, öfter ein Vollbad nehmen. Auch im Amtsgefängniss ist dieses Vollbad im Falle längerer Einschliessung mindestens alle 4 Wochen zu wiederholen.

Der Aufseher hat dafür zu sorgen, dass die Gefangenen sich stets an ihrem Körper und an ihren Kleidungsstücken rein halten, dass letztere nicht zerissen sind oder wenn beschädigt, unverzüglich ausbessert, bezw. ersetzt werden. Der Oberaufseher seinerseits hat wieder darauf zu achten, dass dieses alles nach Vorschrift geschieht. Er veranlasst auch den vor-

heit der Gefängnissarzt insbesondere auch über eine etwaige erhebliche Schwächung der Arbeitsfähigkeit zu den Akten zu äussern. cf. S. 109.

geschriebenen Wechsel der Kleider, der Leib- und Bettwäsche; er ist dafür verantwortlich, dass diese stets in gutem Zustand, rein und trocken sind.

Alle diese Waschungen, Bäder u. s. w., welche die Gefangenen an sich vorzunehmen genötigt werden, dienen zunächst nur den sanitären Rücksichten in der Anstalt und sollen Krankheiten, Ansteckungen u. s. w. vorbeugen. Allein sie haben noch eine andere wichtige Bedeutung. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, dass Sauberkeit und Reinlichkeit einen wohlthuenden Einfluss auf das Innere des Menschen ausüben; Unreinlichkeit und Unsauberkeit in der Behandlung des Körpers, in der Kleidung u. s. w. bilden oft auch ein Element für die Unsauberkeit des Innern. Die Erfahrung hat bewiesen, dass Sträflinge anfänglich diesen Zwang zur Reinhaltung des Körpers als eine unnütze und selbst harte Erschwerung ihres Aufenthalts in der Strafanstalt ansehen, bald aber sich an sie gewöhnen, sogar sie lieb gewinnen und die zur Gewohnheit gewordene Reinlichkeit mit in ihr Leben nach der Entlassung hinübernehmen.

Neben diesen bis jetzt berücksichtigten Vorschriften allgemeinerer Natur, erscheinen aber auch einige Massregeln erwähnenswert, die insbesondere dazu bestimmt sind, jeden Keim einer Erkrankung zu ersticken oder wenigstens die Gefahr einer Vergrößerung oder Verbreitung derselben zu verhüten. So werden ungeimpfte Gefangene, deren Strafzeit die Dauer von 3 Monaten überschreitet, in der Regel geimpft. Gegen den Willen eines Gefangenen wird die Impfung allerdings nur im Falle des Bestehens einer Blatternepidemie vorgenommen. Bricht aber eine solche in einer Anstalt aus, dann werden sämtliche Gefangene, ebenso wie das Beamtenpersonal geimpft, sofern dieselben nicht nachweisbar

innerhalb der letzten 7 Jahre mit Erfolg sich der Impfung unterzogen haben.

Abgesehen hiervon hat der Arzt sowieso täglich wenigstens einmal die Anstalt zu besuchen. Bei plötzlichen heftigen Erkrankungen oder bei Verschlimmerung von Krankheiten, sowie bei Unglücksfällen, Selbstentleibungen bzw. derartigen Versuchen hat er die nachgesuchte Hülfe sofort zu leisten. Dauernd Isolierte muss er alle 3 Wochen wenigstens einmal besuchen und mindestens alle 9 Monate werden sämtliche Gefangene einer nochmaligen auf ansteckende Krankheiten gerichteten Untersuchung unterworfen.

Gefangene, die laut ärztlichem Gutachten nach ihrer Körperbeschaffenheit und früheren Lebensweise die den gesunden Gefangenen zu reichende Kost nicht vertragen können, erhalten Krankenkost und sonst ärztlich verordnete Kostzulagen innerhalb der Bestimmungen der Speiseordnung.

Auch vor Einführung einer neuen auf längere Dauer berechneten Arbeitsbetriebs ist der Arzt mit seinem Gutachten zu hören. Er hat dem Vorsteher auch Anzeige zu machen, wenn der körperliche Zustand eines Gefangenen einen Arbeitswechsel notwendig erscheinen lässt.

Ebenso hat die Versetzung aus der Einzelhaft in die Gemeinschaftshaft stattzufinden, sobald nach ärztlichem Gutachten aus jenen Gefahren für die körperliche oder geistige Gesundheit der Gefangenen zu besorgen sind.

Ferner sind Disciplinarstrafen, durch welche für mehr als 3 Tage die Schmälerung von Kost oder strenger Arrest verhängt wird, vor der Vollstreckung von dem Arzt als in gesundheitlicher Hinsicht zulässig zu erklären; desgleichen, wenn bei Strafen von geringerer

Dauer der dieserhalb zu befragende Gefangene sich nicht als gesund erklärt hat.

Hat sich nun ein Gefangener krank gemeldet, so ist dieses sofort dem Oberaufseher anzuzeigen. Bei plötzlich schwer erkrankenden Gefangenen sorgt dieser dann für die alsbaldige Verbringung in's Lazareth. Sonst werden für krank Befundene je nach der Entscheidung der Aerzte in's Lazareth aufgenommen oder bei vorhandener Arbeitsfähigkeit im Revier behandelt. An ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten bezw. Gebrechen Leidende, namentlich Krätzige, Syphilitische, Augenkranke und Schwind süchtige werden isolirt. Bereits isolirte Gefangene können auf Anordnung des Vorstehers aus Gründen der Sicherheit bei leichteren Erkrankungen in der Zelle belassen werden. Schwermütigen, gebrechlichen und epileptischen Personen, Müttern mit Säuglingen und Hochschwangeren wird alsdann, soweit thunlich, ein zuverlässiger anderer Gefangener desselben Geschlechts beigegeben.

In den Amtsgefängnissen hat der Aufseher bei eintretender Erkrankung eines Gefangenen sofort den Arzt herbeizurufen und bei bedenklicher Erkrankung dem Vorsteher Anzeige zu machen. Sofern dann nach dem Ausspruch des Arztes eine zweckmässige Behandlung in dem Amtsgefängniss nicht möglich ist, werden die Erkrankten in das Lazareth des nächstgelegenen Bezirksgefängnisses oder in eine andere geeignete Heilanstalt überführt. Dasselbe geschieht bei Schwangeren beim Herannahen ihrer Niederkunft, wenn nicht, was die Regel sein wird, die Herbeiführung ihrer einstweiligen Entlassung angezeigt erscheint.

Zum Schluss mag noch eine Massregel Erwähnung finden, die dazu bestimmt ist, eine gewisse Abwechslung in das ewige Einerlei des Gefängnisslebens zu bringen

und insofern auch von einer gewissen sanitären Bedeutung für dasselbe werden kann. Alle gesunden Gefangenen nämlich, welche nicht mit Arbeiten im Freien oder als Hausarbeiter beschäftigt sind oder sich nicht im Arrest befinden, werden, soweit es ausführbar ist und die Witterung es gestattet, täglich bis zur Dauer einer Stunde oder bis zu 2 Stunden, jugendliche Gefangene bis zu $\frac{3}{2}$ Stunden, und bei strenger Kälte bis zu $\frac{1}{2}$ Stunde zur Bewegung im Freien in den Gefängnisshof geführt ¹⁾. Man hat vielfach über die Bedeutung dieser Massregel gestritten, man hat auch vorgeschlagen, Turn- und Freiübungen an deren Stelle zu setzen. Aber abgesehen davon, dass es in den meisten Fällen an dem erforderlichen Raum hierzu fehlen wird, kann auch auf diesem Wege der Verkehr der Gefangenen untereinander nur schwer gehindert werden. Wenn auch zuzugeben ist, dass eine Bewegung in freier Luft, wobei die Gefangenen gezwungen sind, einzeln hintereinander zu marschieren, kein Vergnügen ist, so ist doch andererseits zu bedenken, dass die Massregel unstreitig zur körperlichen Erfrischung beiträgt, dass an den Gefangenen eine Strafe vollzogen werden soll und dass diese, und alles, was damit zusammenhängt, mit Recht ein Vergnügen ausschliesst.

¹⁾ Dass diese Bewegung im Freien nur in einer für die Gesundheit zuträglichen Tageszeit und nicht bei eingetretener Dunkelheit stattfinden darf, ist eigentlich selbstverständlich.

§ 9.

Verpflegung und Bekleidung.

(Vergl.: G. O. §§ 116; 118; 119; 127; 132; 155; 181;
214; 216 — 220. H. O. § 4. D. O. F. G. A.
§§ 31 — 33; 17; 18.)

I. Gleich wie der Landwirt recht wohl weiss, dass eine genügende Arbeitsleistung nur dann erwartet werden kann, wenn eine normale Ernährung stattfindet, ebenso sicher ist es, dass der Mensch nur dann gehörig ausgenutzt werden wird, wenn seine Leistungsfähigkeit durch entsprechende Kost erhalten bleibt. Für die Beköstigung in einer Gefangenenanstalt ist daher das allein massgebende Prinzip, dass die Nährstoffe in einer Form und Zubereitung gereicht werden, welche unter Berücksichtigung der ganzen Lebensweise der Gefangenen als der geeignetste erscheint, um die Nahrungsbestandteile möglichst auszunutzen und für den Organismus zu verwerten¹⁾. Die Beköstigung soll so eingerichtet sein, dass der Gefangene in seiner Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erhalten bleibt²⁾. Dieser Grundsatz wird von besonderer Bedeutung für den das Gefängniss verlassenden Sträfling. Arbeit zu finden ist für ihn bei dem ihm anhaftenden Makel ohnehin schwer. Ist er aber dazu noch durch schlechte Ernährung in der Arbeitslosigkeit herabgekommen, so ist eine Abweisung sicher und Betteln und Stehlen die notwendige Folge. Insofern ist also die Befolgung

¹⁾ Voit. Ueber die Kost in öffentlichen Anstalten.

²⁾ cf. Meinert. Ueber Massenernährung, 1885.

obigen Grundsatzes selbst von einer gewissen socialen Bedeutung. Andererseits muss aber dann umfassende Rücksicht darauf genommen werden, dass die Strafe nicht durch die Art und Weise der Beköstigung den Charakter eines Uebels verliert. Infolgedessen sollte richtigerweise auf die Individualität wenigstens grundsätzlich keine Rücksicht genommen werden. Man muss m. E. stets im Auge behalten, dass die Beköstigung aus öffentlichen Mitteln erfolgt und dass deshalb grösste Sparsamkeit am Platze ist. Wo immer es sich um die Verpflegung grosser Massen handelt, wie z. B. auch in der Armee und Marine, da kann nicht auf jeden Einzelnen Rücksicht genommen werden ¹⁾, sondern der Einzelne muss sich dem nach Durchschnittsberechnungen für genügend erachteten Massstabe unterwerfen. Ausnahmefälle sind natürlich auch hier, besonders mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse, anders zu behandeln.

Auch die elsass-lothringische Verwaltung bestimmt grundsätzlich, dass die Beköstigung der Gefangenen in den Grenzen des zur Erhaltung des Lebens, der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit Nötigen gehalten wird. Jedem Gefangenen wird die durch die Speiseordnung vorgeschriebene Kost in der angeordneten Menge und in guter Beschaffenheit gewährt. Trinkwasser wird den Gefangenen wenigstens dreimal täglich frisch verabreicht. Die Zeit und Dauer der Mahlzeiten wird durch den Vorsteher bestimmt, ebenso ob neben den regelmässigen Mahlzeiten ein zweites Frühstück und ein Vesperbrod²⁾ zuzulassen ist. Ausnahme von dieser regel-

¹⁾ In diesem Sinne äussern sich auch Baer und Krauss sowie der Verein der deutschen Strafanstaltsbeamten. cf. Blätter für Gefängnisskunde, Bd. 18, S. 349, 350, Bd. 22, S. 35.

²⁾ Es wird hierzu regelmässig ein Teil der Brodportion verwendet. Die Dauer ist auf höchstens eine Viertelstunde berechnet.

mässigen Gestaltung lässt die Verwaltung, abgesehen von dem bereits früher erwähnten Falle der krankhaften Anlage eines Gefangenen ¹⁾, zunächst für solche Gefangene zu, welche mit ekelerregenden oder mit anstrengenden, namentlich mit schweisserregenden Arbeiten beschäftigt werden ²⁾. Wenn die Gefangenen hierbei zu Klagen über Faulheit oder Nachlässigkeit keinen Anlass geben, so können an solchen Arbeitstagen durch den Vorsteher Verpflegungszulagen gewährt werden ³⁾.

Eine weitere Ausnahme ist mit Rücksicht auf die Confession der Gefangenen zugelassen. Der Vorsteher kann nämlich gestatten, dass israelitische Gefangene unter den nötigen Vorsichtsmassregeln an israelitischen Festtagen nach den besonderen Religionsgebräuchen derselben zubereitete Speisen erhalten, falls solche von Dritten dargeboten werden.

In besonders gelagerten Fällen kann sogar auf längere Dauer durch das Ministerium auf den Bericht des Vorstehers hin einzelnen Gefangenen die Selbstverpflegung gestattet werden ⁴⁾. Allgemein gestattet ist dieselbe den Civil- und Haftgefangenen mit Ausnahme der auf Grund § 361, 3—8 S. G. B. Verurteilten, sowie vorbehaltlich der Anordnung des zuständigen Richters, den Untersuchungsgefangenen.

¹⁾ cf. S. 47.

²⁾ Es ist hier einerlei, ob die Arbeiten für die Anstalt oder für Unternehmer geschehen.

³⁾ Diese Kosten der Zulage hat allerdings in der Regel der Arbeitgeber zu tragen.

⁴⁾ Die Selbstverpflegung ist aber immer nur unter Vorausrichtung der Kosten und, sofern nicht vom Ministerium anderweitig bestimmt wird, nur nach Bezahlung der Gerichtskosten zulässig.

Eine eigentümliche Ausnahmebestimmung besteht darin, dass die Gefangenen aus dem zu ihrer Verfügung stehenden Teil der Arbeitsbelohnung ¹⁾ sich Nahrungs- und Genussmittel verschaffen können, deren Ankauf durch die Verwaltung vermittelt wird. Allgemein zugelassen ist die Verabreichung von Brod, Butter, Käse, Hering, Wurst, Fleisch, Obst, Milch, Bier und Wein. Diese Bestimmung findet nur eine Einschränkung bezüglich der Zuchthausgefangenen, Rückfälligen oder solcher Gefangenen, gegen welche auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt ist. Bei diesen ist sie erst zulässig, wenn sie nach Antritt ihrer Strafe die Hälfte ihrer Strafzeit und bei lebenslänglicher Zuchthausstrafe mindestens 10 Jahre sich gut geführt haben. Bei Strafen unter 1 Jahr tritt für die vorbezeichneten Gefangenen diese Vergünstigung überhaupt nicht ein.

M. E. sind diese Bestimmungen über Selbstverpflegung und über den Kauf von Zusatznahrungs- und Genussmitteln von einer mindestens zweifelhaften Bedeutung für den praktischen Strafvollzug. Das letztere sollte überhaupt unzulässig und das erstere, wie in Preussen ²⁾, höchstens den zu einfacher Haft Verurteilten gestattet sein. Durchstechereien sind trotz aller Beaufsichtigung zu leicht möglich, auch liegt die Gefahr nahe, besonders bei kleineren Gefängnissen, dass der Aufseher, wie Krohne sich so treffend ausdrückt ³⁾, zum Krämer und Kneipwirt wird und dass der Strafvollzug sich je nach dem Inhalt des Geldbeutels des Gefangenen schwerer oder leichter gestattet. Der Staat soll vielmehr ohne Vergünstigung dem Sträfling alles

¹⁾ cf. S. 74.

²⁾ cf. Gefängnisreglement vom 16. 3. 1881, § 100.

³⁾ cf. Krohne, S. 380.

gewähren, was zur Erhaltung der Gesundheit gehört. Was er nicht bedarf, sondern nur aus Gourmandie oder Gefrässigkeit verlangt, soll er auch nicht erhalten. Bedeutung können die erwähnten Bestimmungen überhaupt nur in disziplinarer Beziehung haben und darauf deutet unter anderem auch die weitere Vorschrift hin, dass diese Vergünstigungen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit durch Konferenzbeschluss bei wiederholten Fällen schlechter Führung entzogen und dagegen auf demselben Wege bei längerer guter Führung wieder erteilt werden können.

II. Entsprechend den Vorschriften über die Verpflegung lauten auch die Bestimmungen über die Bekleidung, wie jene verfolgen auch diese den Grundsatz grösstmöglicher Einfachheit und Regelmässigkeit. Nach Einlieferung der Gefangenen sorgt der Oberaufseher für die Reinigung der eigenen Kleider der Gefangenen und für deren Verwahrung, wenn und soweit nicht das Weitertragen jener gestattet wird, sonst führt er die Einkleidung mit Anstaltskleidern herbei. Gestattet ist die eigene Kleidung grundsätzlich nur den Civil- und Untersuchungsgefangenen und den nicht auf Grund von § 361, 3 — 8 S. G. B. verurteilten Haftgefangenen, selbstverständlich nur soweit die Kleider ausreichend, reinlich und ordentlich sind ¹⁾).

Eine Ausnahme kann eintreten bei den nicht über 6 Monate Verurteilten, die nicht rückfällig oder fluchtverdächtig sind und bei denen nicht auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt ist. Diesen kann nämlich durch den Vorsteher der Anstalt die Belassung eigener Unter-

¹⁾ In Preussen ist dies unter derselben Voraussetzung den zu Gefängnisstrafen ohne Verlust der Ehrenrechte und den zu einfacher Haft Verurteilten gestattet.

kleider, durch den Vorstand der Gefängnisverwaltung auch der Gebrauch eigener Oberkleider gestattet werden, allerdings nur unter der Voraussetzung der Verwahrung solcher Gefangenen in Einzelhaft ¹⁾).

III. Die Sorge für die Verpflegung und Bekleidung der Gefangenen, wie überhaupt für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Anstalt, liegt dem Oekonomieinspektor ob. Er lässt sich die für die Verpflegung erforderlichen Materialien nach Bedarf auf Grund des abgeschlossenen bezüglichen Vertrages liefern oder kauft sie aus freier Hand mit Genehmigung des Vorstehers. Die Lieferungen hat er genau auf Beschaffenheit, Zahl, Wasser und Gewicht zu prüfen und dasjenige, was nicht sofort gebraucht wird, in das Lager aufzunehmen²⁾. Verdorbene Nahrungsmittel hat er stets zurückzuweisen und nötigenfalls selbst für geeigneten Ersatz zu sorgen. Es muss, wie sich die Gefängnisordnung selbst ausdrückt ³⁾, die vornehmste Sorge des Inspectors bleiben, dass die Gefangenen eine gesunde, nahrhafte und wohl-schmeckende Kost erhalten. Bei Aussenarbeiten hat der Arbeitgeber für Trinkwasser zu sorgen und der Aufseher seinerseits sich von der Güte desselben zu überzeugen. Falls die Gefangenen Mittags nicht nach der Anstalt maschiren, so hat der Arbeitgeber auf seine Kosten das Essen aus der Anstalt holen zu lassen.

IV. Beim Amtsgefängnis ist der Aufseher dafür verantwortlich, dass den durch die Verwaltung ver-

¹⁾ Mit Recht ist auch die Bestimmung getroffen, dass diese Vergünstigung in der Regel bei Jugendlichen nicht eintreten soll, denn auf sie soll mehr wie auf andere Gefangene die Strafe abschreckend wirken.

²⁾ So lange die Verpflegung durch Unternehmer geliefert wurde, hatte er darauf zu achten, dass die verwendeten Materialien den Vertragsbedingungen entsprechend waren.

³⁾ cf. § 119 G. O.

pflegten Gefangenen die vorgeschriebene Kost regelmässig und in guter Beschaffenheit zukommt. Wie bei den grösseren Gefängnissen ist auch hier Wasser das Getränk der Gefangenen, das ebenfalls täglich dreimal in die Zelle zu bringen ist. Selbstbeköstigung ist auch hier gestattet, doch darf die auf diesem Wege beschaffte Kost die Grenzen mässigen Genusses nicht übersteigen; es kann der Genuss von $\frac{1}{2}$ liter Wein oder 1 liter Bier, niemals aber von Branntwein, zugelassen werden. Abgesehen von der Selbstbeköstigung dürfen Zusatznahrungsmittel und geistige Getränke überhaupt nur auf Anordnung des Arztes oder des Vorstehers gereicht werden. Was die Kleidung betrifft, so behalten die Gefangenen in der Regel ihre eigenen Kleider. Aus Rücksichten der Reinlichkeit, Gesundheit und Sicherheit können jedoch den Gefangenen die eigenen Kleidungsstücke abgenommen und Gefängnis Kleider zugeteilt werden. Die Kleider der mit Ungeziefer behafteten Personen z. B. werden einer gründlichen Reinigung unterzogen und zwar dort, wo die erforderlichen Vorrichtungen vorhanden sind, mittels Schwefelung. Die Betreffenden erhalten dann inzwischen Anstaltskleider, welche nach der Abgabe der gleichen Reinigung unterliegen.

V. Bei der Uebernahme des elsass-lothringischen Gefängniswesens fand die deutsche Verwaltung bezüglich der Verpflegung und Bekleidung das System der sog. Generalentreprise vor. Danach wird einem einzigen Privatunternehmer nicht nur die Verköstigung und Bekleidung der Gefangenen, sowie die Beheizung und Beleuchtung der Gefängnisräume, sondern auch die Ausnutzung der Arbeitskräfte der Gefangenen übertragen. Dieses, in Frankreich selbst stark angefochtene System, kann natürlich mit einem Strafvollzug, der

nur irgendwie vernünftige Resultate erzielen will, nicht in Einklang gebracht werden. Ich werde später, beim Kapitel der Gefängnissarbeit ¹⁾ eingehender auf dasselbe zu sprechen kommen und an dieser Stelle lediglich die Umänderung des Systems durch die deutsche Verwaltung bezüglich der Verpflegung und Bekleidung verfolgen.

Der erste Versuch mit der Verpflegung durch die Verwaltung selbst wurde in der Weiberanstalt zu Hagenau und in der im Laufe des Jahres 1874 daselbst eröffneten Erziehungs- und Besserungsanstalt gemacht. Bei Erneuerung der Verpflegungsverträge im Jahre 1877 wurde in den übrigen Anstalten ein neuer reichlicher Speisetarif eingeführt, da der bis dahin geltende, welcher noch aus der Zeit vor der Annexion herrührte, den Anforderungen an eine ausreichende Ernährung der Gefangenen nicht entsprach, namentlich aber bei den zu längeren Freiheitsstrafen Verurteilten zur Erhaltung der Körperkräfte ohne starke Benutzung der Kantine nicht ausreichte ²⁾. Mit dem 31. März 1888 liefen endlich die Verträge mit den Unternehmern ab, wonach dieselben die Verpflegung und Bekleidung der Gefangenen gegen eine Vergütung von 58 Pfg. pro Kopf und Tag übernommen hatten. Nun aber drängten die Vorsteher der grösseren Gefängnisse mit allem Nachdruck darauf, dass man die Verpflegung im Wege der Selbstwirtschaft durchführe. Es stellte sich eine beinahe vollständige Einmütigkeit heraus und diese war, wie der Bericht von 1885 anerkennt, um so mehr

¹⁾ cf. S. 79.

²⁾ Infolgedessen wurde auch die Verfügung vom 26. Februar 1883 erlassen, wonach die Gefangenen die verfügbare Hälfte der Arbeitsbelohnung zum Ankauf von Nahrungsmitteln verwenden dürfen.

zu beachten, als die Vorsteher mit der Selbstverwaltung eine erheblich grössere Mühewaltung und Verantwortlichkeit zu übernehmen hatten. Nach den Erfahrungen, die man in der Strafanstalt Hagenau gemacht hatte, wo die Selbstverwaltung, wie erwähnt, schon längere Zeit eingeführt war, hatten sich Uebelstände aus diesem Verfahren nach keiner Richtung hin ergeben. Im Gegenteil: das finanzielle Ergebniss war ein äusserst günstiges, Klagen über die Verpflegung der Gefangenen waren bei der Aufsichtsbehörde niemals laut geworden und der Gesundheitszustand der Inhaftirten war ein durchweg guter. Ausserdem war die Verwaltung dadurch vereinfacht worden, dass man zweckmässig erscheinende Veränderungen und Verbesserungen in der Kost vornehmen konnte, ohne dass man, wie früher, sich in schwierige, dem Ausgang nach ungewisse Verhandlungen mit einem Unternehmer einlassen musste. Mit dem 1. April 1888 wurde denn auch unter Zustimmung des Landesausschusses die Fürsorge für die Beköstigung und Bekleidung znnächst für die in Ensisheim und in den Bezirksgefängnissen verwahrten Personen seitens der Landesverwaltung übernommen. Damit war unleugbar den Bestrebungen, das Gefängnisswesen in Elsass-Lothringen auf einen den heutigen Anforderungen einigermaßen entsprechenden Standpunkt zu bringen, bereits ein gewisser Abschluss gegeben.

Der Uebergang zur Selbstwirtschaft vollzog sich dann auch weiterhin durchweg glatt. Die neue Einrichtung hatte nicht nur, was ja zunächst in Betracht kam, eine Aufbesserung der Gefangenenkost zur Folge, sondern auch, wie der Bericht von 1889 anerkennt, eine nicht unbeträchtliche Verringerung der Gesamtkosten der Gefängnissverwaltung. Der nach Abzug der Einnahmen aus dem Arbeitsverdienste durch die

Staatskasse zu leistende Zuschuss betrug nämlich im Jahre 1889/90 nur noch 236 Mark für einen Gefangenen gegen 245 Mark im Jahre 1888/89 und 260 Mark im Jahre 1887/88 ¹⁾).

§ 10.

Seelsorge und Unterricht.

(Vergl.: G. O. §§ 32 — 40; 192; 195; 203; 233 — 245; H. O. §§ 6; 7.)

I. Ohne Religion ist der sittliche Zweck des Strafvollzuges, Erziehung und Umbildung des Bestraften, nicht zu erreichen. Von diesem Grundsatz ausgehend hat die elsass-lothringische Verwaltung der Seelsorge wie überhaupt der religiösen Pflege der Gefangenen den weitgehendsten Platz eingeräumt, ohne jedoch damit der Geistlichkeit als solcher einen grösseren Einfluss auf die innere Verwaltung zu gestatten.

Die Geistlichen sind in Ausübung ihres seelsorgelichen Berufs selbständig, und in dieser Hinsicht ist ihr Verkehr mit den Gefangenen sowohl wie mit den Entlassenen einer Beschränkung nicht unterworfen. Auch haben sie als Mitglieder des Schul- und Bibliothek-Aufsichtsrats das Recht, die Schule jederzeit zu besuchen, ihre Bemerkungen dem Vorsteher mitzuteilen oder im

¹⁾ Als weitere Folge ergab sich auch, dass der eigene Bedarf der Gefangenenanstalten in Bezug auf Kleidung Wäsche etc. nunmehr in immer weiterem Umfange durch Arbeiten der Gefangenen befriedigt werden konnte.

Aufsichtsrat sowie in der Sitzung zur Sprache zu bringen ¹⁾).

Ihre seelsorgerische Thätigkeit beginnt beim einzelnen Gefangenen sofort nach dessen Einlieferung. Innerhalb der ersten 14 Tage werden die Gefangenen den Geistlichen ihres Bekenntnisses vorgeführt unter gleichzeitiger Uebermittlung ihrer Personalakten, die dann binnen 48 Stunden mit einem Gutachten über den Seelenzustand und den Bildungsgrad der Gefangenen zurückzugeben sind. Findet der Geistliche, dass der Gefangene noch nicht mit Erfolg am Religionsunterricht teilnehmen kann, so wird derselbe zunächst von dem Lehrer vorbereitet. Im übrigen ist es eine der ersten Aufgaben des Geistlichen, sich von dem Gemütszustand des Gefangenen zu überzeugen und nach Massgabe desselben auf die sittlich-religiöse Bildung des Gefangenen hinzuwirken. Zu diesem Zwecke hat er namentlich die Kranken öfter und die in Einzelhaft befindlichen Gefangenen mindestens alle 14 Tage zu besuchen, sowie geeigneten Falls mit anderen Gefangenen unter vier Augen eingehend zu sprechen und den einzelnen den Weg zur Besserung zu zeigen. Den Geistes- und Gemütsleidenden hat er besondere Aufmerksamkeit zu schenken und über diese sowie sonstige auffällige Erscheinungen in der Sitzung geeignete Mitteilungen zu machen. Es wird ihnen auch der ein- und ausgehende Briefwechsel der Gefangenen mit Freiheitsstrafen von mehr als 4 Monaten oder auch von anderen Gefangenen, sofern dies angezeigt erscheint, zur Durchsicht und Visirung vorgelegt, damit sie durch Kenntniss

¹⁾ Sie sind jedoch nicht berechtigt, in den Unterricht selbst einzugreifen oder dem Lehrer Vorhaltungen zu machen. Grund: Aufrechterhaltung der Disciplin.

der Beziehungen der Gefangenen zu ihren Angehörigen Handhaben zur seelsorgerischen Einwirkung gewinnen ¹⁾).

Neben dieser mehr dem einzelnen gewidmeten seelsorgerischen Thätigkeit wird die unter ihrer Leitung ausgeübte religiöse Pflege noch gestärkt durch Abhaltung von Gottesdiensten, Morgen- und Abendandachten sowie Religionsunterricht. An denjenigen Anstalten, bei welchen Geistliche im Hauptamt angestellt sind, findet auch an den Sonn- und Festtagen zweimal Gottesdienst und, falls nicht Bedenken des Arztes entgegenstehen, eine Andacht mit den Kranken statt, ausserdem in der Woche ein Gottesdienst und ein oder zweimal einstündiger Religionsunterricht. In den anderen Anstalten wird jedenfalls an jedem Sonntag und gesetzlichen Feiertag sowie am Geburtsfest Sr. Majestät des Kaisers für die Gefangenen des betreffenden christlichen Bekenntnisses ein Gottesdienst abgehalten. An jedem Tag wird morgens nach dem Ankleiden, ferner vor und nach jeder Mahlzeit sowie des Abends vor dem Auskleiden ein Gebet gesprochen. Bei den Morgen- und Abendandachten haben sich die Geistlichen von Zeit zu Zeit einzufinden und diese zu leiten.

Die Rücksichtnahme auf die Verhältnisse und Bestimmungen der einzelnen Confessionen ist eine sehr weitgehende. So wird den evangelischen Gefangenen mehrmals im Jahre, mindestens zweimal an den kleineren und viermal an den grösseren Anstalten, katholischen Gefangenen viermal jährlich in den kleineren, allmonatlich in den grösseren Anstalten, in der Osterzeit auch an Wochentagen Gelegenheit zum Empfang des heiligen Abendmahls bzw. zur Beichte gegeben. Kranken

¹⁾ In geeigneten Fällen kann dem Geistlichen auch die Aushändigung der Briefe an die Gefangenen übertragen werden.

Gefangenen ist das Abendmahl auf Verlangen jederzeit zu reichen ¹⁾. Auch die Vornahme anderer religiösen Handlungen, wie Taufe, Confirmation, Leichenfeier etc. ist mit dem diesbezüglichen Ritus zugelassen. Hat doch gerade hier, insbesondere bei letzterer, der Geistliche Gelegenheit, in eindrucksvoller und packender Weise Worte an die Gefangenen zu richten, die dann von weit grösserer Wirkung auf deren Gemüt sein dürften, wie das bei gewöhnlichen Gottesdiensten oder Andachten Ihnen Vorgepredigte. Bei israelitischen Gefangenen findet abgesehen vom Kaisersgeburtstage eine Feier des Sabbatts statt, sowie des Passahfestes, Wochenfestes, Neujahrfestes, des Versöhnungstages und des Laubhüttenfestes. Die Israeliten versammeln sich an diesen Tagen, sowie am Vorabend derselben, um 5 Uhr in geeigneten Räumen unter einem Rabbiner oder einem von diesem im Einvernehmen mit dem Vorsteher hierzu bestimmten Vertreter. Auch am Purimfeste und dem Tage der Zerstörung Jerusalems kann den Israeliten die Abhaltung einer besondern Gebetstunde gestattet werden.

Dieser weitgehenden, aber berechtigten Toleranz entspricht auch das Verbot der Proselytenmacherei. Den Geistlichen ist ebenso wie anderen Beamten jede Anregung der Gefangenen zu einem Wechsel des Bekenntnisses untersagt. Verlangt ein Gefangener aus eigener Bewegung den Zuspruch des Geistlichen eines anderen Bekenntnisses, so ist unter Beifügung einer gutachtlichen Aeusserung der beiden beteiligten Geistlichen die Entscheidung des Ministeriums einzuholen.

II. In enger Beziehung zur seelsorgerischen Einwirkung steht auch die sonstige Erziehung und Bildung

¹⁾ Aus leicht begreiflichen, religiösen Gründen findet andererseits ein Zwang zur Teilnahme nicht statt.

des Gefangenen. Die elsass-lothringische Verwaltung hat dem schon äusserlich dadurch Ausdruck verliehen, dass sie bei den Strafanstalten und Bezirksgefängnissen ¹⁾ einen Schul- und Bibliotheks-Aufsichtsrat gebildet hat, der sich jeden Monat einmal versammelt und neben dem Vorsteher oder dessen Stellvertreter als Vorsitzendem sowohl aus den Lehrern wie aus den Geistlichen der Anstalt besteht.

Im allgemeinen steht die elsass-lothringische Verwaltung auf dem Standpunkt, dass die Strafanstalt nicht der geeignete Ort für eine Bildungsstätte ist. Soweit überhaupt den Gefangenen Unterricht erteilt wird, darf derselbe unter keinen Umständen den Charakter der Strafe als eines Uebels irgendwie abschwächen. Der Zweck des Unterrichts soll daher lediglich darin bestehen, ein ehrliches Fortkommen des Gefangenen nach seiner Entlassung zu erleichtern und zu sichern. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hat man in Elsass-Lothringen folgende Grundsätze aufgestellt:

1) *Unterricht an erwachsene Gefangene wird nicht erteilt, wenn ihre Strafzeit unter 6 Monaten beträgt.* Die für den Unterricht hier verbleibende Zeit würde ja auch zu kurz sein, um einen dauernden Nutzen des Unterrichts für das weitere Fortkommen des Betreffenden erwarten zu können.

2) *Gefangene, welche schon 30 Jahre alt sind, erhalten nur in Ausnahmefällen Unterricht.* Solche Ausnahmefälle können auf Wunsch des Gefangenen durch den Aufsichtsrat bestimmt werden. Auch hier ist die Auffassung massgebend, dass der Unterricht schwerlich für das weitere Fortkommen des Gefangenen von Bedeutung sein kann.

¹⁾ Mit Ausnahme von Zabern und Saargemünd, wo kleinere Verhältnisse vorherrschen.

3) Soweit hiernach überhaupt Unterricht erteilt wird, darf durch denselben niemals *die vorgeschriebene Arbeitszeit verkürzt* oder in irgend einer Weise störend in die Arbeit eingegriffen werden. Die für den Unterricht bestimmte Zeit ist daher ziemlich kurz bemessen, der einzelne Gefangene soll wöchentlich mindestens 4, höchstens aber 10 Stunden erhalten.

4) *Der Unterricht soll sich auf das Notwendigste, also auf Lesen, Schreiben und Rechnen beschränken.* Hier sind allerdings Ausnahmen zugelassen. Je nach Befinden des Aufsichtsrats kann der Unterricht nämlich auch auf biblische Geschichte ausgedehnt werden. In Geschichte, Geographie und Naturkunde findet ein besonderer Unterricht nicht statt, jedoch soll bei fortgeschritteneren Schülern wenigstens bei Auswahl der Lesestücke auf diese Wissenszweige Rücksicht genommen werden. Einzelnen Gefangenen kann nach Anhörung des Aufsichtsrats mit Genehmigung des Vorstehers selbst Unterricht im Zeichnen erteilt werden.

Die Durchführung dieser Grundsätze, wie die Erteilung des Unterrichts überhaupt, wird naturgemäss bei einzelnen [Gefangenencategorien eine Ausnahme erleiden müssen. So bezüglich der isolirten Gefangenen. Ob diese am Schulunterricht teilnehmen dürfen oder ob und welcher Einzelunterricht in der Zelle zu erteilen ist, bestimmt nach Anhörung des Aufsichtsrats der Vorsteher. Leider sind bezüglich der jugendlichen Gefangenen, also Gefangenen unter 16 Jahren, abgesehen von einer einzigen Bestimmung, die sich zudem nur auf männliche Jugendliche bezieht ¹⁾, besondere Anordnungen nicht getroffen. M. E. ist aber der Unter-

¹⁾ Dieselben sollen nämlich, wenn angängig, im Flicken von Kleidungsstücken, sowie des Schuhwerkes unterrichtet werden.

richt bei den jugendlichen Gefangenen — was eigentlich gar keiner Erläuterung bedarf — von einer weit grösseren Bedeutung für das weitere Fortkommen, wie bei den übrigen Gefangenen. Dieselben befinden sich in einem Alter, wo sie für den Unterricht besonders aufnahmefähig sind, auch tritt bei ihnen überhaupt das strafende Element gegenüber dem erziehenden in den Hintergrund ¹⁾. Die jugendlichen Gefangenen sollten daher — abweichend von den oben aufgestellten Regeln — bei weitem mehr wie 10 Stunden wöchentlichen Unterricht erhalten und dies auch bei Freiheitsstrafen unter 6 Monaten.

Zu den Bildungsmitteln der Gefangenen gehört vor allem auch eine gute Lektüre. Daher ist bei jeder Anstalt eine Bibliothek mit Büchern teils belehrenden, teils erbaulichen Inhalts eingerichtet. Die Verteilung an die Gefangenen erfolgt nach deren Individualität und unter thunlichster Berücksichtigung der ausgesprochenen Wünsche ²⁾. Der Vorsteher kann auch das Lesen von Büchern gestatten, welche nicht in der Bibliothek vorhanden sind, durch das Ministerium kann selbst das Halten von Zeitungen gestattet werden.

¹⁾ cf. auch Seite 72, beim Kapitel.: Gefängnissarbeit.

²⁾ Die Privaterbauung durch Lesen in einem von der Anstalt dargereichten oder von dem Sträfling mitgebrachten und im belassenen Andachts- oder Gebetbuch bezw. in der Bibel wird den Gefangenen in den freien Stunden natürlich immer gestattet.

§ 11.

Disciplinarstrafen.

(Vergl.: G. O. §§ 134; 258; H. O. § 13;
D. O. F. G. A. §§ 25; 26;) E. Z. ⁸²/₈₃; ⁸³/₈₄.

Zur Aufrechterhaltung der Hausordnung in einer Anstalt, deren Insassen in der Freiheit den gesetzlichen Vorschriften und den Forderungen des Lebens in der staatlichen Gemeinschaft die Unterwerfung verweigert haben, bedarf es naturgemäss strenger Disciplinarstrafen. Die Hausordnung enthält die eigentümlichen Pflichten, welche der Strafzustand mit sich führt; die Disciplinarstrafen sollen die unbedingte Unterwerfung des Gefangenen unter die durch die Hausordnung geregelte Strafbuch sicher stellen.

Wie die eigentliche Strafe, so muss auch die Disciplinarstrafe zwei Hauptbedingungen genügen; sie muss einerseits ein wirkliches Uebel enthalten, welches als solches empfunden wird und welches geeignet ist, sowohl die speciell betroffene Person wie andere von weiteren Uebertretungen abzuhalten; sie darf andererseits aber auf den davon Betroffenen nicht einen nachteiligen Einfluss, insbesondere nach gesundheitlicher Richtung hin, ausüben.

In erster Linie dürfte daher als Disciplinarstrafe die Entziehung der durch bisheriges gutes Verhalten und durch Arbeitsamkeit erworbenen Privilegien in Betracht kommen. Sie bietet als Strafmittel den erheblichen Vorteil, eine grosse Mannigfaltigkeit in

der Anwendung zu gestatten: es kann die Vergünstigung der Correspondenz, der Selbstverpflegung, der Gewährung von Lektüre u. s. w. genommen werden oder es kann sogar auf teilweisen Verlust der Arbeitsbezahlung erkannt werden. Je nach dem Einzelfall wird so eine Strafe gewählt werden, welche dem davon Betroffenen als ein wirkliches Uebel erscheint. Dem Gefangenen wird dadurch in deutlicher Weise vor Augen geführt, dass seine ganze Lage in der Anstalt von seinem eigenen Verhalten abhängig ist, er wird an eine Unterwerfung seines Willens unter eine bestehende Ordnung gewöhnt. Die Gefahr einer Schädigung der Gesundheit kann bei diesem Strafmittel nie vorliegen.

Wie anders dagegen bei der Prügelstrafe! Gewiss würde dieselbe bei einem böswilligen Faullenzer oder bei einem verlotterten Gefängnissträfling, der ständiger Gast des Gefängnisses oder Zuchthauses geworden ist an und für sich nichts schaden, ob aber die gewünschte Wirkung eintreten wird ist mehr wie fraglich. Der kräftige, willensstarke Sträfling wird die Prügel hohnlächend ertragen, um nachher bei seinen Genossen als Held zu erscheinen, der schwächliche Sträfling wird den Folgen eines leicht möglichen Excesses beim Schlagen erliegen. Jedes andere Strafmittel, wie einsame Einsperrung event. mit Fesselung oder Kostentziehung bricht den bösen Willen des Sträflings eher, wie eine rasch vorübergehende Tracht Prügel, ganz abgesehen davon, dass oft auf diese Weise der letzte Funken Ehrgefühl aus dem Gefangenen herausgeprügelt wird.

Dass natürlich die Prügelstrafe bei den jugendlichen Gefangenen unter Umständen wohl angebracht ist, wenn sie in den Grenzen der Schulzucht oder

väterlichen Zucht bleibt, soll dadurch nicht berührt werden.

In Elsass-Lothringen hat man denn auch in richtiger Erwägung dieser Umstände die körperliche Züchtigung bereits im Jahre 1883 beseitigt. Dem § 258 der Gefängniss-Ordnung zufolge kommen nur folgende Disciplinarmittel zur Anwendung:

1. einfacher oder strenger Verweis ¹⁾);
2. Entziehung der Erlaubniss zur Verfügung über die Arbeitsbelohnung zum Ankauf von Nahrungsmitteln bis auf die Dauer von 2 Monaten ²⁾);
3. Entziehung der Arbeitsbelohnung;
4. Entziehung der Bewegung im Freien, jedoch höchstens auf 8 Tage, des Lesens bis auf 14 Tage;
5. bei Isolirten: Entziehung der Arbeit unter gleichzeitiger Entziehung des Lesens bis auf 14 Tage;
6. Kotschmälerung, die bestehen kann in Entziehung der halben Brodportion, oder in Entziehung des Mittagessens, beides bis auf die Dauer von 8 Tagen, oder schliesslich in Beschränkung der Kost auf Wasser und Brod einen um dem andern Tag bis auf die Dauer von 14 Tagen ³⁾);
7. Arrest, bestehend in einsamer Einsperrung in hierzu bestimmten Zellen mit oder ohne Aufgabe von Arbeit, bis auf die Dauer von 1 Monat.

¹⁾ Letzterer wird in der Sitzung der Oberbeamten erteilt, damit er einen grösseren Eindruck auf den Gefangenen hervorruft.

²⁾ cf. S. 77.

³⁾ Diese unter 1 — 6 aufgeführt Strafen können auch verbunden in Anwendung gebracht werden.

Dieser Arrest kann geschärft werden, wird zum sog. strengen Arrest durch die ganz oder teilweise erfolgende Entziehung des Bettwerks, durch Verdunkelung der Zelle oder endlich durch die gemäss Nr. 6 erfolgende Kotschmälerung¹⁾. Bei besonderer Renitenz kann sogar zur Verschärfung die Fesselung des Gefangenen erfolgen.

Alle diese Verschärfungen können einzeln und insgesamt ausgesprochen werden, es tritt jedoch immer eine Unterbrechung und Aussetzung der Vollstreckung ein, sobald aus dieser Massregel ein offener Nachteil für die Gesundheit des Gefangenen zu befürchten ist²⁾.

Die Verhängung der Disciplinarstrafe steht nur dem Vorsteher zu. Auch Fesselung darf der Aufseher ohne Auftrag nur behufs augenblicklicher Bändigung bei thatsächlicher Widersetzlichkeit anwenden. Vor der Vollstreckung ist aber immer der Arzt über deren Zulässigkeit hinsichtlich der Gesundheit des Gefangenen zu hören, bei geringeren Arreststrafen allerdings nur dann, wenn der dieserhalb zu befragende Gefangene unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand selbst Einwendungen gegen die Vollstreckung erhebt.

Der Vollzug selbst der erkannten Disciplinarstrafe wird vom Oberaufseher überwacht; in den Amtsgefängnissen ist der Aufseher für die ordnungsmässige Vollstreckung verantwortlich.

¹⁾ In letzterem Falle ist jedoch dem Gefangenen jeden vierten Tag Bettwerk, Tageslicht, Bewegung im Freien und volle Kost zu gewähren.

²⁾ Mit der Strafe des strengen Arrestes kann auch die zeitweise Entziehung der Erlaubniss zum Ankauf von Genussmitteln verbunden werden.

§ 12.

Die Arbeit in den Gefängnissen ¹⁾).

(Vergl.: G. O. §§ 5; 10; 20; 48; 111; 113; 114; 221;
223—225; 228; 202; 209; H. O. § 8.

E. Z.: 89/90; 90/91; 92/93; 94/95; 95/96; 82/83; 83/84;
84/85; 85/86; 86/87.

Gesamtbericht S. 49; Uebersicht 88/89.)

Es versteht sich eigentlich von selbst, dass die Gefangenen nicht ohne Beschäftigung sein dürfen, es liegt im Interesse sowohl des Staates wie der Disciplin, dass die Gefangenen nicht müssig in ihren Zellen herumlungern und dem Staate nicht noch hohe, beinahe unerschwingliche Kosten aufbürden. Insofern dürften auch für die Beschäftigung der Gefangenen 3 Hauptgesichtspunkte massgebend sein:

1. Der Charakter der Strafe als eines Uebels soll durch den ausgeübten Zwang zu angestrenzter Arbeit verschärft werden.
2. Durch die Gewöhnung des Gefangenen an eine volle Ausnutzung seiner Arbeitskräfte in streng geregelter Thätigkeit soll ein wesentlicher Faktor für die in der Strafanstalt vorzunehmende Erziehung des Gefangenen zu einem erfolgreichen Wiedereintritte in die bürgerliche Gesellschaft gegeben werden.

¹⁾ Vergleiche hierüber: Bauer, der Gewerbetrieb in den Strafanstalten 1861. E. v. Jagemann in Holtzendorff und Jagemann's Handbuch des Gefängnisswesens, S. 223.

3. Durch die Arbeitsleistung des Gefangenen soll dem Staat soweit als möglich ein Ersatz für die Kosten der Unterhaltung der Strafanstalten gewährt werden.

Die Erreichung dieser 3 Ziele bildet allerdings ein überaus schwieriges Problem. Die Schwierigkeit liegt einmal in der Natur des Arbeitsbetriebs in den Strafanstalten, wo sich Personen jeglichen Alters mit verschiedenen Fähigkeiten und Vorkenntnissen bald für längere Zeit, bald nur für knrze Zeit befinden, andererseits in dem Uebelstande, dass diese drei bezüglich der Beschäftigung massgebenden Gesichtspunkte vielfach in Collision geraten. So kann leicht eine Collision zwischen den unter 1 und 2 aufgestellten Gesichtspunkten eintreten. Wenn z. B. der Gefangene zwangsweise zu einer Beschäftigung angehalten wird, für welche er keine Neigung hat oder gegen welche er geradezu Widerwillen empfindet, so wird er diese Arbeit schwerlich nach seiner Entlassung aus der Anstalt fortsetzen. Die erhoffte Gewöhnung an die Arbeit wird nicht eintreten, da die geleistete Arbeit in dem Gefängnisse ein Gefühl der Freude nicht hervorgerufen hat; er hat die Arbeit überhaupt nicht lieb gewonnen, sondern sie ist ihm geradezu zur Pein geworden. Wenn die Beschäftigung in der Anstalt ein wirksames Erziehungsmittel zur Arbeit sein soll, so muss auch der Gefangene dabei diejenige Befriedigung empfinden, welche jede pflichtmässig geleistete Arbeit gewährt. Nur in diesem Falle wird es dem Gefangenen zum Bewusstsein gebracht werden, dass der Mensch nicht zum Müssigang da ist, sondern dass ein jeder die Pflicht hat, sich nach dem Masse seiner Kräfte nützlich zu machen.

Derartige Widersprüche sind einigermassen dadurch zu lösen, dass man den oben angedeuteten natürlichen

Schwierigkeiten eines Arbeitsbetriebs in wirksamster Weise begegnet. Diese Schwierigkeiten lassen sich unter 2 Hauptgesichtspunkte bringen: Schwierigkeiten, welche durch das zur Verfügung stehende Arbeitspersonal gegeben sind, und Schwierigkeiten infolge der mit Recht geforderten Rücksichtnahme auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Damit verbindet sich zugleich die Frage: wie ist es möglich, einen Arbeitsbetrieb derartig durchzuführen, dass unter Berücksichtigung dieser Momente die Arbeit eine möglichst produktive wird?

In erster Linie wird es sich hierbei um die Beschaffung zweckmässiger Arbeit — in quantitativer wie qualitativer Hinsicht — drehen. Es ist dies eine der schwersten Aufgaben der Gefängnisverwaltung. Ihre Lösung hängt nicht lediglich von den Bemühungen der Anstaltsverwaltung, sondern von einer Menge von Zufälligkeiten ab. Insbesondere werden die Gewerbs- und Industrieverhältnisse des Ortes und der Gegend, woselbst die Anstalt sich befindet, massgebend sein, sowohl für die Beschaffenheit der Arbeit überhaupt, als auch in der Weglassung mancher Arbeitszweige. Auch für die elsass-lothringische Verwaltung war es eine stete und schwere Sorge, sämtlichen Gefangenen Gelegenheit zu geeigneter Arbeit zu verschaffen. Aber es gelang doch, durch die Verordnung vom 12. März 1883, sogar für eine ganze Reihe kleiner Gefängnisse, eine entsprechende Beschäftigung für die Gefangenen einzuführen und Dank der Umsicht und Energie der betreffenden Amtsrichter fehlte es im Jahre 1890 nur noch bei 5 der wenigstbevölkerten Amtsgefängnisse an jeder Beschäftigung.

In zweiter Linie kommt es auf die richtige Zuteilung zur Arbeit an. Nun soll hierbei nicht geleugnet werden, dass es oft recht schwer ist, passende Arbeits-

branchen zu finden, zumal ja gewisse Beschäftigungen innerhalb des Gefängnisses aus sicherheitspolizeilichen Gründen gar nicht ausführbar sind. Vermehrt wurden diese Schwierigkeiten natürlicher Weise durch die Isolierung. Als Grundsatz muss hier gelten, dass der Gefangene derjenigen Arbeitsbranche zugeteilt wird, in der er präsumtiv am besten zu verwerten ist. In Elsass-Lothringen, wo die Zuteilung zu einem Arbeitszweig durch den Vorsteher erfolgt, ist diesem ausdrücklich aufgegeben, möglichste Rücksicht zu nehmen auf die Körperbeschaffenheit, den Gesundheitszustand, die Kenntnisse, die sittliche Besserung und das künftige Fortkommen des Gefangenen, ausserdem aber auch auf seinen Bildungsgrad, die Lebensgewohnheiten und, soweit angemessen, auch auf seine Wünsche. Besondere Schwierigkeiten wird in dieser Beziehung die Beschäftigung jugendlicher Gefangener bieten, die wohl ohne alle Vorkenntnisse, oder doch nur höchst kümmerlichen, das Gefängniss betreten. In erster Linie ist hier, wie auch bei den erwachsenen Gefangenen, grösstmögliche Rücksicht auf die individuelle Veranlagung zu nehmen. Diejenigen, welche bereits in einem Lehrverhältniss gestanden oder einen festen Beruf auserwählt haben, wären soweit thunlich, in demselben weiter auszubilden. Auch käme es dabei weniger darauf an, die Knaben etwas Neues zu lehren, als vielmehr das meist oberflächlich Angeeignete zu einem gediegenen Können umzugestalten. Bei vollständigen Neulingen in der Arbeit könnte man sich andererseits darauf beschränken, denselben in einem für sie geeignet scheinenden Gewerbe die ersten notwendigen Handgriffe beizubringen ¹⁾).

Mit der möglichst lukrativen Verwertung der Arbeitskraft muss natürlich der ernste Wille, den Ge-

¹⁾ cf. Blätter für Gefängnisskunde, Bd. 30, S. 29 ff.

fangenen zur höchsten individuellen Leistung zu zwingen, Hand in Hand gehen. Diese Forderung der intensivsten Steigerung der Zwangsarbeit findet ihre naturgemässe Beschränkung in der körperlichen Kraft, wie in der geistigen Befähigung des Sträflings. Der schwächliche Mensch, obwohl vielleicht ein schwerer Verbrecher, kann dasjenige Arbeitspensum nach Quantität und Qualität nicht leisten, wie der starke und robuste Sträfling, obgleich er vielleicht eine geringere Strafart verbüsst. Dieser Unterschied tritt überall hervor, ist aber schliesslich bedeutungslos, indem jeder Sträfling einfach so viel leisten muss, als er kann, und das höchste Mass der Leistung bei jedem Sträfling die äusserste Anspannung seiner Kräfte erfordert. Eine Ueberlastung des Sträflings mit Arbeit, sodass er durch sie siech und elend wird oder dass er körperlich geschwächt bei seiner Entlassung nicht mehr so arbeiten kann, um sein Leben nöthdürftig zu fristen, würde geradezu unvernünftig sein. Die Krankensäle der Strafanstalten würden bald überfüllt sein und die Abschwächung des Sträflings vielfach Anlass zu neuen Verbrechen nach seiner Entlassung bieten. Um einer solchen Ueberlastung vorzubeugen, muss in Elsass-Lothringen jedesmal vor Einführung eines neuen, auf längere Dauer berechneten Arbeitsbetriebs der Arzt mit seinem Gutachten gehört werden. Derselbe hat auch dem Vorsteher Anzeige zu machen, wenn der körperliche Zustand eines Gefangenen einen Arbeitswechsel notwendig erscheinen lässt. Im übrigen wird für jede von dem Gefangenen zu verrichtende Arbeit, insoweit es die Natur der Arbeit selbst gestattet, auf Grund der Erfahrung und nach sorgfältiger Prüfung unter Zugrundelegung der mittleren Leistung eines gesunden, arbeitskundigen Arbeiters ein tägliches Mass, ein sog. Tagewerk, durch den Vorsteher

festgestellt. Dieses Mass kann dann für Gebrechliche und sonst in ihrer Leistungsfähigkeit, wie durch Mangel an Anlagen oder Uebung Behinderten angemessen herabgesetzt werden. Bei Beschäftigungen, deren Natur die Aufgabe eines bestimmten täglichen Arbeitsmasses nicht zulässt, werden die Gefangenen nach dem Grade ihrer Geschicklichkeit und ihrer individuellen Kräfte zur Arbeit angehalten. Einer Ausnutzung der Arbeitskräfte der Gefangenen seitens der Beamten für deren eigenes Interesse wird dadurch vorgebeugt, dass ohne Vorwissen und Genehmigung des Arbeitsinspektors einem Gefangenen überhaupt keine Lohnarbeit aufgetragen werden darf. Auch wird unter keinen Umständen geduldet, dass ohne schriftliche Genehmigung des Vorstehers irgend etwas für Beamte gearbeitet wird.

Die individuelle Arbeit des Gefangenen wird aber eine um so grössere sein, wenn die Gefängnissarbeit der freien Arbeit ähnlicher, wenn dem Gefangenen ein materieller Vorteil vor Augen gehalten wird. Unter denjenigen Vorteilen nun, welche sich der Gefangene durch seine Arbeitsamkeit bei gutem Verhalten erwerben kann, nimmt die Arbeitsbelohnung die erste Stelle ein. Durch die Arbeitsbelohnung wird nicht nur der erzieherische Einfluss der Beschäftigung gefördert, sondern auch das finanzielle Interesse des Staates, welcher bei einer derartigen Aufmunterung des Fleisses bessere Arbeitsleistungen erhalten wird. Aber noch nach einer anderen Richtung hin empfiehlt sich die Gewährung einer Arbeitsbelohnung. Wenn der Gefangene die Anstalt verlässt, so wird er, was für Vorkehrungen auch immer getroffen sein mögen, für die erste Zeit ganz besonders schwierigen Verhältnissen entgegengehen. Abgesehen davon, dass der Entlassene nicht immer sofort Beschäftigung finden kann, bedarf derselbe auch zu einem

gedeihlichen Fortkommen eines gewissen Anlagekapitals, um sich die nötigen Handwerkszeuge anzuschaffen und sonst notwendige Ausgaben zu bestreiten. Ein erfolgreicher Uebertritt aus der Anstalt in die Freiheit, woran der Staat das allergrösste Interesse hat, wird daher erheblich erleichtert, wenn dem Gefangenen die Möglichkeit gegeben ist, versehen mit einem kleinem Kapitale, das er sich aus den Arbeitsbelohnungen gesammelt hat, in die Freiheit zurückzukehren. Diesen Erwägungen gemäss wird sowohl den Zuchthaus- wie Gefängnissgefangenen eine Arbeitsbelohnung gewährt. Dabei sind aber Vorkehrungen zu treffen, damit aus einer derartigen Belohnung nicht Nachteile nach anderer Richtung hin entstehen können. Es ist zunächst die Gefahr zu beachten, dass die Lage der Gefangenen sich nicht durch hohe Arbeitsbelohnung zu einer besseren gestalte, als diejenige des freien Arbeiters ist. All der für den Lebensunterhalt notwendigen Ausgaben ist der Gefangene enthoben; wenn er Familie besitzt, so wird dieselbe während seiner Gefangenschaft im Falle der Bedürftigkeit aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Es würde eine Ungerechtigkeit sein, dem Gefangenen bei seiner Entlassung ein Kapital von einer Höhe auszuhändigen, wie er es als freier Arbeiter, wenn er die erwähnten Ausgaben aus seinem Arbeitslohne hätte bestreiten müssen, nicht erspart haben könnte. Es ergiebt sich hieraus vor allem die Notwendigkeit, von vornherein die Maximalhöhe der Arbeitsbelohnung niedrig zu bemessen. Sodann aber ist es auch erforderlich, eine gewisse Aufsicht über die Verwendung der Arbeitsbelohnung auszuüben und bezüglich der Verwendung Einschränkungen aufzuerlegen, damit der in's Auge gefasste Zweck der Belohnung erreicht und damit auch hier der Gefahr vor-

gebeugt wird, dass die gewährte Summe etwa zu Genüssen und sonstigen Ausgaben verwendet werde, welche sich der freie, aber unvermögende Arbeiter versagen muss. Diesen Gefahren wurde auch in Elsass-Lothringen Rechnung getragen. Die Arbeitsbelohnung der Gefangenen und die Befugniss derselben, über ihr Guthaben zu verfügen, wurde durch die Verordnung vom 26. Februar 1883 geregelt. Vor allem wurde der Grundsatz durchgeführt, dass dem Gefangenen ein Recht auf den Ertrag seiner Arbeit nicht zustehe, ihm jedoch aus praktischen Erwägungen ein bestimmter Anteil an demselben als Belohnung zuzubilligen und diese Belohnung um so höher zu bemessen sei, je weniger die Veranlassung zur Freiheitsberaubung den Gefangenen belaste.

Durch Einführung dieses Grundsatzes hat die Verwaltung mit kühnem Griff die in der Litteratur häufig aufgeworfene Frage entschieden, ob die Gefangenen auf die Ueberverdienstgelder ein Eigentumsrecht erwerben oder nicht. Die Verwaltung verweist nun, wie wir später sehen werden, einen Teil dieser Gelder an die Stelle, wo das ehrliche Fortkommen der Gefangenen am ehesten gesichert scheint — an die Fürsorgevereine. Indem sie die Arbeitsbelohnung lediglich als Wohlthat und nicht als ein Recht erachtet, vermeidet sie geschickt die sonst für diese Vereine eigentümliche Rechtsconsequenz, dass sie fremdes Eigentum verwalten und für jede nicht im Sinne des Eigentümers liegende Verwendung desselben belangt werden können. Die Fürsorgevereine können infolgedessen ungehindert einen Teil der Gelder den meistens in den misslichsten Verhältnissen lebenden Familien der Gefangenen zukommen lassen ¹⁾).

¹⁾ Dergl. Blätter für Gefängnisskunde Bd. 19, S. 318 ff.

Bis zum 26. Februar 1883 betrug der Anteil der Gefangenen an dem Reinertrage der Gefängnisarbeit nach der Ordonnanz vom 27. Dezember 1843 bei Zuchthausgefangenen $\frac{5}{10}$ und bei Gefängnisgefangenen $\frac{4}{10}$ und war zur Hälfte für die Beschaffung von Genussmitteln und sonstigen Erleichterungen verwendbar. Dadurch waren natürlich die Landesfinanzen erheblich geschädigt worden, zumal der Ertrag der Arbeit sich seit 1872 mehr als verdoppelt hatte. Durch die Verfügung vom 26. Februar 1883 wurde nun dieser Anteil bei Zuchthausgefangenen auf $\frac{1}{10}$ und bei Gefängnis- und Haftgefangenen auf $\frac{2}{10}$ herabgesetzt und bestimmt, dass dieser Anteil bei der ersten Kategorie 10, bei der letzteren 15 Pfg. für das gewöhnliche Tagwerk nicht übersteigen dürfe, wogegen für Mehrarbeit ein höherer Betrag bis zum dreifachen vergütet wird. Zugleich wurde das Verfügungsrecht über die Hälfte des Anteils bei rückfälligen Gefangenen gewissen Beschränkungen unterworfen. Dieser Unterschied in der Bemessung des Ueberverdienstes bei den verschiedenen Kategorieen ist auch vollauf berechtigt, da naturgemäss der routinirte Zuchthäusler als vertraut mit den Verhältnissen weitaus im Vorteil ist gegenüber seinen ungeschulten erstmalig bestraften Genossen. Im übrigen wird die Arbeitsbelohnung des Gefangenen, sowie die von demselben mitgebrachten Geldmittel, soweit darüber nicht zur Deckung der Gerichts- und Strafvollstreckungskosten oder in sonst zulässiger Weise verfügt ist, zinsbar angelegt. Ueber den Zinsenfonds selbst verfügt das Ministerium zu allgemeinen Gefängniszwecken oder zum Besten der Gefangenen und Entlassenen. Besondere Bestimmungen über die Ausantwortung der Arbeitsbelohnung an zu Entlassende wurden

zunächst durch die Gefängnisordnung¹⁾, als auch allgemeiner im Jahre 1894, zu dem Zwecke getroffen, eine ungehörige Verwendung oder gar sinnlose Vergeudung dieser Gelder zu verhüten. Diese Massregeln hatten denn auch, insofern dadurch der zur Verfügung der Gefangenen bestimmte Teil der Arbeitsbelohnung erheblich verringert wurde, eine wohlthuende Verschärfung der Disciplin in den Anstalten und in finanzieller Beziehung eine bedeutende Erhöhung des der Staatskasse aus dem Arbeitsverdienst zufließenden Reinertrages zur Folge. Derselbe stieg beispielsweise von 175982 Mark im Jahre 1882/83 auf 220345 Mark im darauffolgenden Jahre und für den Kopf und das Jahr des Durchschnittsbestands von 80 Mark auf 102 Mark und ist auf dieser Höhe auch in den darauffolgenden Jahren annähernd geblieben.

Der Grundsatz, dass die Arbeit eine möglichst produktive sein soll, stösst aber bei seiner Durchführung vor allem auf die schon oben angedeutete Schwierigkeit, den Arbeitsbetrieb in den Strafanstalten derart einzurichten, dass der freien Arbeit durch die Gefängnisarbeit keine ungebührliche Concurrenz gemacht wird. Von diesem Gesichtspunkte aus ist Vorsorge zu treffen, dass weder die Arbeitskräfte der Gefangenen noch die von denselben hergestellten Arbeitsprodukte zu Preisen veräußert werden, welche ausser Verhältniss zu denjenigen des freien Arbeitsmarktes stehen und dadurch mittelbar den Lohn des freien Arbeiters herabdrücken würden. Dieses kann aber m. A. nur in Folgendem erreicht werden:

1. Eine Vermietung der Arbeitskräfte der Gefangenen an Privatunternehmer findet überhaupt nicht statt, der Arbeitsbetrieb muss ausschliesslich auf Staats-

¹⁾ cf. Seite 11.

rechnung geschehen. Damit verbietet sich natürlich von selbst das vielfach so beliebte Entreprisensystem. Es ist dies eine der drei verschiedenen Arten des Arbeitsbetriebs in den Gefängnissen. Wir unterscheiden hier zwischen:

- a) einem Betrieb durch Unternehmer und für deren Rechnung,
- b) einem Betrieb durch die Anstaltsverwaltung für Rechnung eines Unternehmers,
- c) Betrieb durch die Anstaltsverwaltung für eigene Rechnung.

Das in Elsass-Lothringen seitens der deutschen Verwaltung vorgefundene System, wonach der Staat die Gebäude und die Gefängnisbeamten stellt, dem fremden Unternehmer aber nicht nur die Verpflegung der Gefangenen, sowie die Beheizung und Beleuchtung der Gefängnisse, sondern auch die Arbeitskräfte der Gefangenen zur Ausnutzung übertragen werden, fällt unter Nr. a) dieser Rubricirung. Die Nachteile dieses Systems liegen zunächst darin, dass die Einheit des Strafvollzugs gestört wird, dass die Interessen der Privatunternehmer sehr oft collidiren mit den gesetzlichen und staatlichen Forderungen an einen geregelten Strafvollzug, dass z. B. trotz aller Vorsicht und Aufmerksamkeit ein beinahe ungehinderter Verkehr der Gefangenen mit der Aussenwelt eintritt. Auch der erziehbliche Zweck der Strafe wird gehindert, denn der Gefangene wird gar bald die Ausnutzung seiner Kräfte merken und nur widerwillig seine Arbeit verrichten. Am meisten aber ist das System vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu verwerfen, da durch dasselbe die freie Arbeit ganz erheblich geschädigt wird. Der Unternehmer wird bei diesem System immer viel billiger fabrizieren können, wie der Fabrikant, der freie Arbeiter beschäftigt; er

wird demgemäss auch billiger verkaufen können. Um concurriren zu können, muss der Fabrikant, der freie Arbeiter beschäftigt, zu demselben niedrigen Preise verkaufen und, um dieses zu können, wird er zum nächstliegenden Mittel, zur Herabsetzung des Lohnes des freien Arbeiters schreiten.

Die elsass-lothringische Verwaltung strebte daher von Anfang an nach der Beseitigung dieses in Frankreich selbst angefochtenen Systems. Man versuchte zunächst den Betrieb durch die Anstaltsverwaltung für Rechnung eines Unternehmens, also das oben unter b aufgeführte System anzuwenden. In dieser Beziehung wurde bei gleichzeitiger Einführung neuer Arbeitszweige für Ensisheim, sowie die Gefangenenanstalten im Unter-Elsass und in Lothringen bereits 1871 Wandel geschaffen (in den Anstalten zu Mülhausen konnte dies mit Rücksicht auf bestehende Verträge jedoch erst 1877 geschehen). Eine Schädigung der freien Arbeiter kann bei diesem System vermieden werden, wenn die Verwaltung stets dieselben Löhne fordert, die dem freien Arbeiter bezahlt werden. Dagegen liegt hier immer noch die Gefahr nahe, dass bei ungeschickter Leitung die vertragsmässige Erfüllung nicht eingehalten werden kann, dass infolgedessen ein bedeutender Schadenersatz bezahlt werden muss, und dass je nach der Art des Geschäfts auch die Arbeit öfter gewechselt werden muss. Wir kommen daher zu der weiteren Forderung, dass

2) Die Arbeitsprodukte wenigstens fast ausschliesslich für Staatsinstitute bestimmt sein sollen, insbesondere für den Gefängnisdienst selbst, für Armee und Marine, für Post und Polizei u. s. w. Nur ein ganz geringfügiger Prozentsatz der Arbeitsprodukte sollte an Private abgesetzt werden und dann nur zu denselben

Preisen, wie sie auf dem freien Markte bezahlt werden. Auf diesen Grundsatz und damit auf den unter c. oben-
aufgeführten Betrieb, kam die elsass-lothringische Verwaltung ganz von selbst, als sich anfangs der 90er Jahre der Gewinnung tüchtiger Unternehmer für lohnende Betriebe immer mehr nicht zu überwindende Schwierigkeiten in den Weg stellten, sodass eine unverhältnissmässig grosse Zahl von Gefangenen mit dem Zupfen von Bobinen beschäftigt werden mussten. Man schloss deshalb im Jahre 1892 mit dem preussischen Kriegsministerium einen Vertrag ab, nach welchem fortan regelmässig in grösserem Umfang in Gefangenenanstalten Bekleidungsstücke angefertigt und Zeuge gewebt werden sollten für die Bedürfnisse des XV. und XVI. Armee-korps. Im Jahre 1895 waren bereits 208 Gefangene damit beschäftigt, und nur noch 60 % der Gefangenen für Unternehmer thätig. Schon früher hatte man in unmittelbarer Folge der Uebernahme der Selbstverwaltung versucht, die Bedürfnisse der Anstalten und der Gefängnisse in immer weiterem Umfange durch Arbeiten letzterer zu befriedigen. Unter anderen wurden auch bauliche Arbeiten aller Art an den Gefängnissen durch Gefangene ausgeführt und zwar in grosser Ausdehnung, mehrfach selbst grössere Neubauten, wie die der Strafanstalt zu Ensisheim und des Bezirksgefängnisses zu Strassburg. Selbstredend verrichten die Gefangenen sämtliche gewöhnliche Hausarbeiten einschliesslich des Kochens und Waschens. Ferner wird das gesammte Schuhwerk und die Kleidung nebst Strümpfen und Wäsche in den Gefangenenanstalten hergestellt.

Es wäre nur zu wünschen, dass diese ausschliessliche Thätigkeit für die Staatsinstitute, insbesondere für die Gefängnisse selbst fortgesetzt würde. Jedenfalls wäre dann die Verwaltung unbehindert in der Er-

strebung aller wünschenswerten Verbesserungen, es würde dadurch weiterhin verhütet werden, dass die Arbeit der Sträflinge an die Unternehmer zu Löhnen verdungen würde, die in keinem Verhältniss zu den für die freie Arbeit bezahlten stehen. Die auf letztere Art mögliche Drückung des Arbeitspreises und damit erzielte concurrence déloyale würde wenigstens damit vermieden werden, und das allein dürfte schon die weitere Anwendung des Systems empfehlen. Zuzugeben ist allerdings, dass immer noch eine Schwierigkeit bestehen bleibt, die dadurch herbeigeführt wird, dass durch Uebertragung dieser Arbeiten auf die Gefangenenanstalten wiederum dieses seither der freien Arbeit zugewiesene Quantum des letzteren entzogen wird. Hier kann man sich nur damit trösten, dass diese Sträflinge, in deren Arbeitsbeschäftigung diese Concurrenz liegt, auch in der Freiheit nicht alle faul und unthätig gewesen wären. Man würde dann das von ihnen gelieferte Quantum der Arbeit entgegengenommen haben und es wohl niemand eingefallen sein, in ihrer Arbeit eine bedenkliche Concurrenz zu finden.

§ 13.

Entlassung, vorläufige Entlassung, Fürsorge entlassener Gefangener und Strafaussetzung.

(Vergl. G. O. §§ 25; 136; 268—274; D. O. f. G. A. §§ 20; 39; Gesamtbericht S. 55; E. Z.: ⁸³/₈₄; ⁸⁴/₈₅; ⁸⁵/₈₆; ⁸⁶/₈₇; ⁸⁷/₈₈; ⁸⁸/₈₉; ⁸⁹/₉₀; ⁹⁰/₉₁; ⁹³/₉₄; ⁹⁴/₉₅; ⁹⁵/₉₆).

Es muss als staatliche Pflicht gelten, auch nach der Entlassung besondere Vorkehrungen zu treffen, um einen erfolgreichen Rücktritt in die bürgerliche Gesell-

schaft nach Möglichkeit sicher zu stellen. Es muss dies zunächst in negativer Hinsicht dadurch geschehen, dass ein Teil der Gefangenen noch für die erste Zeit nach der Entlassung einer besonderen Aufsicht unterstellt wird, um die Betreffenden dadurch abzuhalten, in die frühere verbrecherische Laufbahn zurückzufallen oder sich mit früheren schlechten Genossen wieder zu verbinden. In Elsass-Lothringen werden daher immer, wenn eine Fürsorge zwar angezeigt erscheint, aber von dem zu Entlassenden abgelehnt wird, der Polizeibehörde des künftigen Aufenthaltsorts genaue Angaben gemacht über dessen Persönlichkeit, Bildungsstufen und Fertigkeiten.

Aber auch nach der positiven Seite wird für ein gedeihliches Fortkommen des Entlassenen Sorge getragen. Es werden denselben die ihnen zugehörigen Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände ¹⁾ nebst dem Betrage der Arbeitsbelohnung gegen Bescheinigung ausgeliefert ²⁾. Der Oberaufseher hat dafür zu sorgen, dass jeder Gefangene bei der Entlassung so bekleidet ist, wie es mit Rücksicht auf Anstand und Gesundheit geboten ist. Soweit nun die hierzu erforderlichen Kleidungsstücke sich nicht im Besitz des Gefangenen befinden, auch nicht aus eigenen Mitteln desselben zu beschaffen sind, können dieselben auf Anstaltskosten beschafft werden. Ausserdem erhalten sie bei der Entlassung eine Bescheinigung, in welcher die Handlung, wegen deren sie die Strafe erlitten haben, unterscheidbar von anderen strafbaren Handlungen, die Art und Dauer der Haft bezeichnet ist, und, wenn sie es begehren, ein

¹⁾ Aber nur soweit sie nicht zur Deckung von Gerichts- und Strafvollstreckungskosten zurückzuhalten sind.

²⁾ Soweit sie ihnen nach der Verfügung vom 26. Februar 1883 zusteht.

Zeugniss über ihre Führung. Ist der gewählte künftige Aufenthaltsort in grösserer Entfernung vom Orte des Gefängnisses, so wird hilflosen Gefangenen für die ersten 20 Kilometer ein Zehrgeld von 50 Pfg. und für jede weitere Entfernung von 10 km 5 Pfg. bis zusammen 75 Pfg. für den Reisetag mit auf den Weg gegeben. Je nach Befinden kann ihnen auch ein Eisenbahnbillet zur Rückreise in die Heimat gelöst werden. Sind die zur Entlassung kommenden Gefangenen krank, auch sonst ohne Mittel, so muss der Vorsteher oder dessen Beauftragter wegen der Unterbringung und des Transports derselben mit der zuständigen Heimatsbehörde rechtzeitig in Verbindung treten. Kann ein Unterkommen nicht sofort ermittelt oder der Transport nicht sofort ermöglicht werden, so sind die Kranken auf ihren Wunsch bis auf Weiteres in der Anstalt zu belassen.

Bei der Verfolgung dieser Ziele wird die Verwaltung in anerkennenswerter Weise durch die „Vereine zur Fürsorge entlassener Gefangener“ unterstützt. In Elsass-Lothringen wurden zwei derartige Vereine im Frühjahr 1883 in Strassburg für den Bezirk Unterelsass, in Colmar für den gleichnamigen Landgerichtsbezirk gegründet. Die Gründung erfolgte auf Anregung eines Landescomité's, das fast ausschliesslich sich aus Mitgliedern des Landesausschusses zusammensetzte, und bald entwickelten die beiden Vereine unter Leitung der Landgerichtsdirektoren Dr. Gunzert und Frh. von Klöckler eine recht erspriessliche Thätigkeit. Der Strassburger Verein hatte allein im Jahre 1893 nach 10jähriger Thätigkeit über nicht weniger als 1614 Anträge Entschliessungen zu fassen gehabt und in 1191 Fällen Hilfe gewährt bei eine Gesamtausgabe von mehr denn 60000 Mark. Nachdem im Jahre 1887

der Mülhauser Verein gegründet wurde, kam endlich im Jahre 1894 auch ein Fürsorgeverein für den Bezirk Lothringen zu Stande. Die Vereine haben der Gefängnisverwaltung zum grössten Teil die Sorge für die Bekleidung und für das event. nötige Zehrgeld an die Gefangenen abgenommen, sie verwahren den ihnen nach der Entlassung des Gefangenen überlieferten Betrag der Arbeitsbelohnung, um ihn je nach Befinden sofort oder allmählig an die Entlassenen oder deren Familien auszuhändigen ¹⁾. Sie sorgen überhaupt in jeder Weise für das fernere Fortkommen von Gefangenen, die bei ihrer Entlassung einer besondern Fürsorge würdig und bedürftig erscheinen und eine solche begehren. Für derartige Gefangene mit längerer Strafdauer ist dann mindestens 6 Wochen, bei andern Gefangenen möglichst früh vor der Entlassung ein ihre Verhältnisse erschöpfend darstellender Fragebogen auszufüllen und an den Verein zu senden, damit derselbe sich sofort über die zu unternehmenden Schritte klar werden kann.

M. E. müsste bei der Unterbringung von Straftentlassenen möglichst das Princip verfolgt werden, den Bestraften soweit als möglich von seiner früheren Umgebung fern zu halten. Dadurch wird vor allem dem Entlassenen der Versuch genommen, sich mit früheren schlechten Genossen zu verbinden und damit in das frühere Leben zurückzufallen. Es wird ihm aber auch die Ausführung des guten Vorsatzes, ein neues Leben zu beginnen, erheblich erleichtert. Es ist ja nur zu bekannt, dass die Fürsorgevereine am Orte, wo man die That kennt, stets mit dem offenen Widerwillen der

¹⁾ Der Staat erkennt auch ihre Thätigkeit als im öffentlichen Interesse liegend dadurch an, dass er ihnen beinahe jährlich eine Summe von 600 Mark überweist.

Arbeitgeber gegen die Annahme des Sträflings als Arbeiter kämpfen müssen, zumal auch die übrigen Arbeiter sich oft weigern, mit solchen Leuten in gemeinsame Arbeit zu treten. So aner kennens wert dieser moralische Widerwille auch sein mag, so schädigt er doch andererseits das Gemeinwesen, indem er es dem arbeitswilligen Gefangenen bis zur Unmöglichkeit erschwert, ehrliche Arbeit zu finden. Dieses wird aber durch die Unterbringung in weiterer Entfernung entschieden erleichtert. Der Entlassene braucht auch dann nicht stets zu fürchten, dass ihm sein früherer Fehltritt vorgeworfen und dass er dadurch aus der Stellung, in welche er sich durch redliches Streben hineingearbeitet hat, wieder ausgestossen werde. Und hier sind es wiederum die Fürsorgevereine, die die Durchführung dieses Princips ermöglichen können und zwar derart, dass sie in ein Kartellverhältniss treten, dass der eine Verein die Schützlinge des andern übernimmt, falls deren Unterbringung in dem betreffenden Bezirk wünschenswert erscheint.

In engstem Zusammenhang mit der definitiven Entlassung steht auch die sog. bedingte oder vorläufige Entlassung, für die daher auch im allgemeinen dieselben Grundsätze gelten. Nach § 23 S. G. B. können die zu einer längeren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verurteilten, wenn sie $\frac{3}{4}$ mindestens aber 1 Jahr der ihnen auferlegten Strafe verbüsst, sich auch während dieser Zeit gut geführt haben, mit ihrer Zustimmung vorläufig entlassen werden. Bei schlechter Führung der Entlassenen oder bei Zuwiderhandlungen gegen die denselben auferlegten Pflichten kann die vorläufige Entlassung bis zum Ablauf der im Urteil festgesetzten Strafzeit widerrufen werden. Ueber die vorläufige Entlassung und den Widerruf entscheidet die Landesjustizverwaltung, und zwar über erstere nach Anhörung der Oberbeamten

der Anstalt und des Anstaltsvorstehers sowie des mit der Strafvollstreckung betrauten Ersten Staatsanwalts. Als Grundsatz für die vorläufige Entlassung ist aufgestellt, dass die Ueberzeugung bestehen muss, der Gefangene habe sich ernstlich und innerlich gebessert und werde die ihm durch die vorläufige Entlassung gebotene Gelegenheit zum Widerbeginn eines ehrenhaften und gesetzmässigen Lebenswandels nicht missbrauchen, sowie dass der Gefangene Aussicht hat, ein Unterkommen und die Gelegenheit zu ehrlichem Erwerbe zu finden. Die elsass-lothringische Verwaltung hat im allgemeinen gute Resultate erzielt, denn von 659 in den Jahren 1882—1896 entlassenen Personen sind nur 32 rückfällig geworden. Es wurde auch ein von Jahr zu Jahr steigender Gebrauch von der vorläufigen Entlassung gemacht. Gegen 18 im Jahre 1882 Entlassene, weist z. B. das Jahr 1896 deren 89 auf.

Als bedeutsame Massnahme auf dem Gebiete der Strafvollstreckung mag schliesslich, in gewissem Sinne hierher gehörig, die im Jahre 1896 zur Einführung gelangte Strafaussetzung erwähnt werden. Durch Allerhöchsten Erlass vom 5. Februar 1896 hat nämlich Se. Majestät der Kaiser den Kaiserlichen Statthalter ermächtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit solchen zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, deren Begnadigung bei längerer guter Führung in Aussicht genommen werden kann, Aussetzung der Strafvollstreckung bewilligt wird. Von dieser Einrichtung soll jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher erstmalig verurteilten Personen Gebrauch gemacht werden, welche zur Zeit der That das 18. Lebensjahr nicht vollendet hatten und gegen welche nicht auf eine längere als sechsmonatliche Strafe erkannt ist. Hierdurch ist die Grundlage geschaffen, um die von hervorragenden

Vertretern der deutschen Strafrechtswissenschaft empfohlene bedingte Verurteilung wenigstens ihrem Grundgedanken nach zur Durchführung zu bringen. Zur Ausführung des bezeichneten Erlasses erging dann unter dem 16. Februar 1896 mit Genehmigung des Kaiserlichen Statthalters eine Ministerialverfügung, wonach die Strafvollstreckungsbehörden allmonatlich ihre diesbezüglichen Anträge beim Ministerium einzureichen haben. Ueber die Anträge entscheidet dann der Kaiserliche Statthalter oder in dessen Auftrag das Ministerium. Wird ein Antrag bewilligt, so wird eine angemessene Frist für die Aussetzung des Strafvollzugs bestimmt. Hat sich der Verurteilte während dieser Frist gut geführt, so wird wegen Erlasses oder Milderung der Strafe das Weitere veranlasst, anderenfalls die nachträgliche Strafvollstreckung eingeleitet. Die Entscheidung wegen des Straferlasses oder der Milderung erfolgt dann hinsichtlich der principalen Freiheitsstrafe durch Se. Majestät den Kaiser und hinsichtlich der an die Stelle uneinbringlicher Geldstrafen tretenden subsidiarischen Freiheitsstrafen durch den Kaiserlichen Statthalter. Es wäre nur zu wünschen, dass diese bedingte Verurteilung im Wege der Gesetzgebung noch zu weiterer Ausdehnung gelangt, dass sie principiell auch für Personen von mehr wie 18 Jahren und bei Strafen von mehr als 6 Monaten Anwendung findet. Sie würde vor allem eine allzustarke Frequenz der Gefängnisse verhindern und insofern schon eine Erleichterung des Strafvollzugs für die damit Beauftragten herbeiführen.

§ 14.

Schluss.

Das Ergebniss der Entwicklung des elsass-lothringischen Gefängniswesens kann ich wohl dahin zusammenfassen: Die deutsche Verwaltung war redlich bemüht, das zur Zeit der Annektion gänzlich darniederliegende Gefängniswesen auf eine den modernen Anforderungen entsprechende Höhe zu bringen. Sie versuchte zunächst eine Reorganisation im Allgemeinen, die ihr auch in glänzendem Style gelang, verlegte sich sodann nachdrücklichst auf die Entwicklung der Gefängnisanstalten, berücksichtigte hierbei vor allem das Princip der Isolirung und hat sich auch bezüglich der Behandlung der Gefangenen Schritt für Schritt den einen rationellen Strafvollzug bedingenden Fortschritten angepasst. Trotzdem dürfen wir nicht verkennen, dass die deutsche Verwaltung noch lange nicht am Ziel ist. Es sei mir gestattet, auf die einzelnen Punkte in dieser Beziehung hinzuweisen. Da ist zunächst, was die Gefängnisbehörden betrifft, der Mangel an genügendem Personal zu rügen. Kommt es doch vor, wie es in einem Bericht heisst, dass durchschnittlich jeder Aufseher im Bezirksgefängnis 33 Köpfe zu überwachen hat. Dass damit keine genügende Controlle ausgeübt werden kann, leuchtet ein. Hier ist im Interesse einer geordneten Strafrechtspflege dringende Hilfe am Platz. Gehen wir weiter! Die Entwicklung der Anstalten mag eine noch so glänzende gewesen sein, die Regierung mag noch soviel Mühe auf die Herstellung von Isolirzellen verwendet haben, es mangelt immer noch an solchen. Sagt doch die Verwaltung selbst im Berichte

von 1889: „es ist noch ein weiter Weg, bis alle diejenigen isolirt werden können, bei welchen gesunde Grundsätze dies notwendig erscheinen lassen.“ In ihrem Bericht von 1894 gesteht sie selbst zu, dass z. B. die Verhältnisse in Erstein in dieser Beziehung auch nicht den geringsten Ansprüchen genügten. Da kann man der Verwaltung mit ihren eigenen Worten zurufen: „es bleibt hier noch viel zu wünschen übrig.“ Ein dritter Punkt betrifft die Regelung des Arbeitsbetriebs. Wir haben gesehen, wie erst in den grösseren Gefängnissen ein energischer Arbeitsbetrieb durchgeführt wurde, wie dann die Amtsgerichte durch die Energie der betreffenden Amtsrichter diesem Beispiel folgten, und wie auf diese Weise ein einigermaßen erträglicher Zustand hergestellt wurde. Noch aber ist hier viel zu thun. Wenn die Verwaltung in ihrem Berichte von 1894 sagt: „fast sämtliche Gefangene hätten unausgesetzt Arbeit,“ so genügt dies nicht. Sehr wünschenswert wäre schliesslich eine bessere Trennung der einzelnen Gefangenen-categorieen. Ein Anfang wurde ja schon gemacht mit der Isolirung der Zuchthäusler in Ensisheim. Anderwärts herrschen jedoch noch traurige Zustände, z. B. in der weiblichen Strafanstalt Hagenau, wo gewohnheitsverbrecherische Weiber mit solchen zusammen sind, die nur wegen Bettelns oder Landstreicherei bestraft sind. Damit ist selbstverständlich eine gedeihliche Entwicklung und Besserung der betreffenden Gefangenen meist ausgeschlossen.

Alles in allem können wir aber mit der Thätigkeit der deutschen Verwaltung zufrieden sein und können nur wünschen, dass sie auf dem eingeschlagenen Wege der Reform weiter schreite. Dass sie schon eine tüchtige Arbeit hinter sich hat, zeigt ein Vergleich mit dem Zustand des Gefängnisswesens zur Zeit der Annektion.

Schmutz, Friedrich

Die Entwicklung des Elsaß-Lothringischen Gefängniswesens seit der
Annektion

Strassburg i. E. 1899

Crim. 231 kci

urn:nbn:de:bvb:12-bsb12029750-4